Nr. 468. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9,— Mk., monatl. 3,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk. bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 13. September 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Antwortnote der Entente.

Nach einem Telegramm der deutschen Vertretung in Versailles vom 12. September mittags hat Ministerpräsident Clemenceau hier soeben folgende Note vom 11. September übermittelt:

Durch ihre Note vom 2. d. Mts. haben die alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung auf einen die Beziehungen Deutschlands zu der österreichischen Republik betreffenden Artikel der neuen deutschen Verfassung hingewiesen, der mit den Bestimmungen des Friedensvertrages über dieselbe Frage nicht im Einklang steht. Die Deutsche Regierung hat mit ihrer Note vom 5. September geantwortet, daß tatsächlich kein Artikel, wie auch sein klarer Wortsinn immer sei, mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehen kann, weil in der Verfassung ein anderer Artikel stehe, der besagt, daß keine ihrer Bestimmungen dem Vertrage Eintrag tun kann. Dank diesem sinnreichen Kunstgriff könnte die deutsche Verfassung offenbar so geändert werden, daß ihr Wortlaut jeder der Bestimmungen des Friedensvertrages widerspräche. Sie könnte z. B. vorschreiben, daß ein deutsches Heer von mehreren Millionen Mann im Wege der Aushebung gehalten werden soll: und wenn die alliierten und assoziierten Mächte darauf aufmerksam machten, daß diese Bestimmung gegen den Vertrag sei, der die Stärke des deutschen Heeres genau begrenzt und die Aushebung untersagt, so könnte die Deutsche Regierung antworten, daß, wenn dies so sei, die Verfassung selbst in ihrem Artikel 178 eine genügende Sicherheit vorgesehen habe, indem sie erkläre, daß nichts in dem Vertrage durch die Verfassung berührt werden kann. Man könnte sagen, dies sei eine reine Hypothese, aber sie rechtfertigt sich, wenn man im Artikel 112 der deutschen Verfassung in ihrer jetzigen Form liest, daß kein Deutscher zur Aburteilung durch ein fremdes Gericht ausgeliefert werden darf, während der Vertrag ausdrücklich vorsieht, daß gewisse Personen, die eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagt werden, auszuliefern und vor ein fremdes Gericht zu stellen sind.

Nach der deutschen Antwort soll Artikel 178 aufgenommen worden sein, um jeden möglichen Widerspruch zwischen den Vorschriften der Verfassung und den Bedingungen des Friedensvertrages zu vermeiden. Dies ist eine ausgezeichnete Absicht, wenn es sich um Widersprüche anfechtbarer und unvorhergesehener Art handelt, wie sie der Scharfsinn der Juristen in der Fassung zweier langer und verwickelter Urkunden entdecken kann. Hier aber handelt es sich nicht um anfechtbare und nicht vorauszusehende Widersprüche. Die Widersprüche, gegen die sich der Protest der alliierten und assoziierten Regierungen richtet, sind gewiß klar und offenbar und können nur gewollt sein. Niemand wird glauben, daß die Urheber der deutschen Verfassung bei der Aufnahme des Artikels 61 und bei der Feststellung des Wortlauts des Artikels 112 nicht wußten, daß diese Bestimmungen in sich selbst mit den wenige Wochen vorher von Deutschland feierlich übernommenen Verpflichtungen unvereinbar waren.

Dieser Zustand darf nicht länger dauern.

Die deutsche Regierung erkennt an und erklärt, daß, wenn die Verfassung und der Vertrag im Widerspruch stehen, die Verfassung nicht vorgehen kann. Im Hinblick auf diese Anerkennung erwarten die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Regierung, daß sie ohne weiteren Verzug die Auslegung, die sie in ihrer Antwort vom 5. September 1919 den alliierten und assoziierten Mächten mitgeteilt hat,

in einer diplomatischen Urkunde niederlegt,

sowie, daß diese Urkunde unverzüglich von einem bevollmächtigten Vertreter der Deutschen Regierung in Gegenwart von den Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte in Versailles unterzeichnet und innerhalb von 14 Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von den zuständigen gesetzgebenden Gewalten Deutschlands gebilligt werden muß.

Anlage der Note:

Der Unterzeichnete, gehörig bevollmächtigt und im Namen der Deutschen Regierung handelnd, erkennt an und erklärt, daß alle Vorschriften der deutschen Verfassung vom 11. August 1919, die mit den Bestimmungen des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages im Widerspruch stehen, ungültig sind. Die Deutsche Regierung erklärt und erkennt an, daß demzufolge der Absatz 2 des Artikels 61 der erwähnten Verfassung ungültig ist und daß namentlich die Zulassung österreichischer Vertreter zum Reichsrat nur stattfinden kann, wenn gemäß Artikel 80 des Friedensvertrages der Völkerbundsrat einer entsprechenden Aenderung der internationalen Lage Oesterreichs zugestimmt haben wird.

Die gegenwärtige Erklärung soll innerhalb von 14 Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von den zuständigen deutschen gesetzgebenden Gewalten gebilligt werden.

Geschehen in Versailles am . September 1919 in Gegenwart der unterzeichneten Vertreter der alliierten und assoziierten Hauptmächte.

Gegen die dritte Internationale.

Die Schweizerische Depeschen-Agentur meldet:

Die Abstimmung zum Beitritt zur dritten Internationale hat 2867 Stimmen für und 4614 gegen den Beitritt ergeben. Es fehlen zwar noch wichtige Sektionen, die jedoch das Gesamtresultat nicht mehr wesentlich beeinflussen können, infolgedessen wird ein Beitritt der Schweiz zur dritten Internationale wahrscheinlich nicht erfolgen.

Vernünftige Kommunisten.

Die Grazer Zeitung „Arbeiterwille" berichtet:

Die Angehörigen der steierischen Gruppe der kommunistischen Partei Deutschösterreichs haben der sozialdemokratischen Landesparteivertretung mitgeteilt, daß sie sich von der kommunistischen Partei losgesagt haben, weil sie zur Erkenntnis gekommen seien, daß die Taktik dieser Partei das Proletariat schrecke und der Reaktion Vorschub leiste. Die Ereignisse in Deutschland und besonders in Ungarn hätten gezeigt, daß der Stand der geschichtlichen Entwickelung die Errichtung einer rein sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft dermalen noch ausschließe. Aus diesem Grunde sei beschlossen worden, wieder in die sozialdemokratische Partei unter der Bedingung der gleichen und freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei einzutreten. Die sozialdemokratische Landesparteivertretung hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen und die neu erwachte Einsicht und die Rückkehr der Kommunisten in die Reihen der Partei begrüßt.

Sie kommen zur Vernunft! Nur nicht in Deutschland, hier soll unbedingt „die Revolution weitergetrieben" werden.

Gegen Offiziersübergriffe.

Aus Anlaß der Verhaftung des Vorsitzenden des Memeler Arbeiterrats Sahnwaldt durch den Führer des in Memel liegenden Bataillons Hauptmann Schmidt ist, wie das „Memeler Dampfboot" meldet, heute vormittag der Generalstreik erklärt worden. Hauptmann Schmidt hatte Sahnwaldt verhaften und nach Tilsit überführen sowie das sozialdemokratische Blatt besetzen lassen. Die Ursachen der Verhaftung sind einige Zeitungsartikel. Hauptmann Schmidt hatte einen Soldaten wegen Nichtgrüßens auf der Straße zur Rede gestellt. Der Generalstreik, der auch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk umfaßt, soll solang aufrechterhalten werden, bis Sahnwaldt aus Tilsit zurückkehrt und Hauptmann Schmidt aus Memel entfernt ist.

Viktor Emanuel verzichtet.

Nach der „Agenzia Stefani" unterbreitete Nitti am Donnerstag ein Projekt über Abtretung eines großen Teiles der Krongüter. Die Eröffnung wurde mit allgemeinem, langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Die italienischen Sozialisten gegen die Ratifikation.

„Times" meldet aus Rom, daß die Minderheitssozialisten, die Sozialisten und die katholischen Mitglieder der Kammerkommission gegen die Ratifikation des Friedensvertrages sind.

Generalstreik auf den lothringischen Eisenbahnen.

Havas meldet aus Metz:

Seit Donnerstag nachmittag ist auf dem gesamten lothringischen Eisenbahnnetz der Generalstreik ausgebrochen. Es verkehren keine Züge mehr außer solchen, die der Versorgung dienen.

Stahlarbeiterstreik am 22. September!

Nach einer Radiomeldung aus Amerika soll der Streik von fast 300 000 Stahlarbeitern am 22. September, nicht, wie früher gemeldet, am 22. Oktober, beginnen; wenn die Stahlkorporation keinen Vergleich herbeiführt. Präsident Wilson hat telegraphisch um Aufschub des Streiks ersucht.

Selbstbestimmung der Teschener. Die Frage von Teschen ist gelöst. Der Oberste Rat hat mit Zustimmung der tschechoslowakischen und der polnischen Friedensdelegation beschlossen, daß die Bevölkerung von Teschen selbst über ihr Schicksal entscheiden soll. Die Volksabstimmung soll unter ähnlichen Bedingungen wie die in Oberschlesien stattfinden.

Die Teschener Frage war bekanntlich eine Kohlenfrage; Polen sowie Tschechen strebten, die Teschener Kohlenlager in ihre Hände zu bekommen.

Zehnstundentag in Polen. Verschiedene Kreise der Industriellen in Posen sind bestrebt, den Zehnstunden-Arbeitstag wieder einzuführen, allerdings gegen den Beschluß des Landtages und der Verordnung des Kommissariats der „Radzielna Rada Ludowy". Die nationale Arbeiterpartei erhob scharfen Einspruch dagegen.

„Wie sie wiedergutmachen . . ." Im Anschluß an die Meldung, die Entente beabsichtige den Kauf des badischen Bahnhofes in Basel unter Anrechnung auf die deutsche Entschädigungssumme, berichten Westschweizer Blätter nach dem Londoner „Engineer", die Entente plane darüber hinaus die Uebernahme des badischen Eisenbahnnetzes im Kanton Schaffhausen.

Zum Abbau der Zwangswirtschaft.

Nachdem ich vor Wochen den Plan der agrarkonservativen Landbündler, die Landarbeiter durch Streikverbot und Belagerungszustand zu fesseln und sich dadurch ohne längere Bindung durch Tarifvertrag eine billige Erntearbeit zu sichern, durchkreuzt habe, wurde ich fast tagtäglich von der agrarischen Presse in allen Tonarten angegriffen und persönlich insultiert. Da ich durch wichtigere Arbeit hinlänglich in Anspruch genommen war, habe ich darauf nicht reagiert. Nunmehr zieht man andere Register auf. Man versucht, mich gegen andere sozialistische Minister auszuspielen. Und dieses Spiel scheint Erfolg zu haben.

Der „Vorwärts", der das wochenlange Kesseltreiben der agrarkonservativen Presse gegen mich mit beschaulicher Ruhe schweigend genossen hat, erscheint nunmehr auf dem Plan. Er tritt an die Seite der „Deutschen Tageszeitung", macht sich deren unwahre Behauptungen gegen mich unbesehen zu eigen und zieht nun ebenfalls gegen den Landwirtschaftsminister zu Felde, dem er, seine Partnerin noch übertreffend, vorwirft, er beschuldige den Reichswirtschaftsminister der Günstlingswirtschaft und habe sich „gegen die wahren Bedürfnisse der Arbeiter hinter einer Mauer befangener Staatssekretäre verrammelt".

Das zwingt mich, noch vor Ablauf der wenigen Tage, die ich mir Ruhe gönnen wollte, aus meiner Reserve herauszutreten. Mir ist nicht alles bekannt, was die Presse über meine Aeußerungen gelegentlich des Empfanges einer aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzten Abordnung der Oberlausitz veröffentlicht hat. Das Wenige, das mir zu Gesicht gekommen ist, gab mir bisher keine Veranlassung zur besonderen Richtigstellung, obwohl es eine Reihe Unrichtigkeiten und Schiefheiten über meine in der etwa eine halben Stunde währenden Unterhaltung getanenen Aeußerungen enthielt.

Ueber meine Stellung zur Zwangswirtschaft habe ich der Abordnung gegenüber mit den Standpunkt vertreten, den ich vor einiger Zeit in einer auch in der Presse veröffentlichten Denkschrift dargelegt habe. Ich erkenne darin die Notwendigkeit der öffentlichen Bewirtschaftung für Brot und Fleisch an, fordere aber die Freigabe der Gerste zur Schweinemast, nach Sicherstellung der zur Nährmittelerzeugung erforderlichen Menge, damit wir schnellstens Fleisch und Fett produzieren können. Denn es erscheint mir für unsere Lebensmittelversorgung wie überhaupt für unsere Volkswirtschaft rationeller, das Geld, das wir für amerikanischen Speck ausgeben, zum Ankauf von ausländischen Futtermitteln zu verwenden und damit das Fett und Fleisch im eigenen Lande zu erzeugen.

Die Freigabe der Kartoffeln habe ich gebeten zu erwägen, nachdem sich der Ernteertrag übersehen läßt. Daran halte ich fest. Schon im verflossenen Erntejahr ist der Bedarf der Verbraucher kaum zur Hälfte aus den beschlagnahmten Beständen auf Karten gedeckt worden, den größeren Teil des Bedarfs haben sie sich auf Schleichwegen zu überaus hohen Preisen mühsam beschaffen müssen. Ich fürchte, es wird in diesem Jahre noch schlimmer werden. Da soll man doch ernstlich erwägen, ob es nicht an der Zeit ist, neue Wege einzuschlagen, anstatt den Karren im alten Gleise laufen zu lassen, bis er vollends in den Graben stürzt.

Ich bin während der ganzen Kriegszeit ein entschiedener Verfechter der Zwangswirtschaft für Lebensmittel und wichtige Bedarfsartikel gewesen. Ohne sie wären wir längst zusammengebrochen. Es hieße doch aber gefährliche Vogelstraußpolitik treiben, wenn man nicht sehen wollte, daß die im letzten Kriegsjahre schon stark gelockerte und jetzt nach Beendigung des Krieges noch mehr durchlöcherte Zwangswirtschaft immer haltloser geworden ist und die Gefahr immer größer wird, daß sie eines schönen Tages in sich zusammenbricht, den letzten Rest von Staatsautorität unter ihren Trümmern begrabend. Es erscheint mir daher dringend geboten, die öffentliche Bewirtschaftung mit dem Ziel des Abbaus auf das notwendigste Maß zu beschränken und dort mit Nachdruck durchzuführen, im übrigen aber Luft zu lassen.

Gewiß, die Erfahrungen, die auch neuerdings wieder mit der Freigabe des Hafers gemacht worden, scheinen gegen jede weitere Lockerung der Zwangswirtschaft zu sprechen. Daß die kapitalistische Profitgier sich sofort dieses freigegebenen Produkts bemächtigen würde, war vorauszusehen. Solange die Knappheit anhält, werden wir das bei jedem weiteren freigegebenen Produkt erleben. Darüber müssen wir hinweg; und wir werden über dieses Uebergangsstadium umso schneller hinwegkommen, als es uns gelingt, durch Steigerung der Erzeugung das Angebot zu vermehren und dadurch einen dauernden Preisdruck auszuüben. Daher ist die Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln und mit allen anderen der Produktionssteigerung dienenden Materialien die wichtigste Maßnahme, um die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt wieder in gesunde Bahnen zu lenken.

Freilich, bis die völlige Gesundung der Marktverhältnisse auf diesem Wege eingetreten ist, können die Verbraucher nicht schutzlos der Ausplünderung durch gewissenlose Wucherer preisgegeben werden. Deshalb habe ich bereits vor Monaten den Vorschlag gemacht und ihn kürzlich an zuständiger Stelle wiederholt, für die freigegebenen wie für die bewirtschafteten Artikel angemessene Preise festzusetzen und jedem, der sie überschreitet, er sei Erzeuger, Händler oder Gelegenheitsschieber, mit drakonischen Strafen, die neben empfindlichen Freiheitsstrafen bis zur völligen Vermögenskonfiskation gehen müßten, zu belegen. Um das Verschwinden der Waren zu vereiteln, müßte in gleicher Weise gegen diejenigen vorgegangen werden, die Waren über ihren persönlichen Bedarf hinaus spekulativ zurückhalten. Werden Erzeuger und Händler vor die Alternative gestellt, entweder Wucherpreise anzustreben und dabei Haus und Hof, das gesamte Vermögen und für längere Zeit die persönliche Freiheit zu riskieren oder sich mit einem angemessenen Gewinn zu begnügen, dann würden sie zumeist das letztere wählen. Die Strafen, die jetzt oft für Verstöße gegen Lebensmittelverordnungen verhängt werden, nehmen sich gegenüber den erzielten Wuchergewinnen wie schäbige Trinkgelder aus, die naturgemäß jeder abschreckenden Wirkung entbehren.

Jedenfalls so wie die Dinge zurzeit stehen, kann es nicht gut weiter gehen. Die öffentliche Bewirtschaftung in der bisherigen Form droht zur Farce zu werden. Dem Volke ist nicht damit gedient, daß in zahlreichen Kriegsgesellschaften und Bureaus tausende von Personen Berge von Papier vollschreiben und Karten und Marken sortieren, während Schleichhandel und Schiebungen aller Art immer üppiger ins Kraut schießen und weite Volkskreise das zur ausreichenden Ernährung, Bekleidung und Beschuhung Notwendige sich nur im Wege des Tauschhandels oder mit oder ohne Beziehungen auf Schleichwegen gegen Wucherpreisen beschaffen können. Es ist durchaus zu verstehen, daß sich bei Angestellten von Kriegsgesellschaften, die jahrelang nunmehr die Bewirtschaftung des einen oder anderen Produkts durchführen, rein objektiv die Ueberzeugung festgesetzt hat, die Kriegswirtschaft müsse beibehalten werden. Das wirkt naturgemäß hemmend und verlangsamend auf den Abbau, darf indessen nicht entscheidend sein.

Das ist kurz im wesentlichen das, was ich als meine Auffassung der obenerwähnten Abordnung gegenüber geäußert habe. Was abweichend davon in der Presse veröffentlicht worden ist, beruht entweder auf Mißverständnis oder tendenziöser Auslegung meiner Worte.

Es ist mir insbesondere nicht eingefallen, dem Reichswirtschaftsminister „Scheu vor der Verantwortung" zum Vorwurf zu machen, was mir von der „Deutschen Tageszeitung" und ihr beistimmend auch vom „Vorwärts" vorgehalten wird. Ich habe von der Verantwortlichkeit des Ministers nur in dem Zusammenhange gesprochen, daß ich die Mitglieder der Abordnung ersuchte, die Haltung des Ernährungsministers zu verstehen, der die schwere Verantwortung für die Sicherung unserer Volksernährung trage und sich daher auch nicht so leicht zu Maßnahmen entschließen könnte, die nach seiner Ueberzeugung die Lebensmittelversorgung gefährden würden. Ich bat sie sodann, ihre Wünsche selbst dem Reichswirtschaftsminister vorzutragen; ich würde sie, soweit ich sie für berechtigt hielt, meinerseits unterstützen.

Zum Schluß möchte ich noch meinem Bedauern Ausdruck geben, daß die Angriffe in der Presse mich gezwungen haben, zu der Angelegenheit öffentlich in der Presse Stellung zu nehmen. Aber das durchsichtige Treiben derer, die offenbar bemüht sind, die geringe sachliche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichswirtschaftsminister und mir zu vertiefen und unser gutes persönliches Verhältnis zu trüben, ließ es mir als geboten erscheinen.

Kissingen, den 7. September 1919.

Braun

Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Nachwort der Redaktion. Wir begrüßen es außerordentlich, daß Genosse Braun endlich persönlich zu den gegen ihn gerichteten Angriffen Stellung nimmt. Er irrt, wenn er meint, daß der „Vorwärts" die Angriffe der „Deutschen Tageszeitung" leichten Herzens „sich zu eigen gemacht" habe. Noch bevor der mysteriöse Bericht des Niederlausitzer Landesausschusses in irgendeiner Zeitung erschienen war, lag er natürlich auch uns vor, ebenso wie er hiesigen amtlichen Stellen bekannt war. Die erste Veröffentlichung durch die „Deutsche Tageszeitung" erfolgte am Sonntag, den 31. August. Vergeblich warteten wir auf ein Dementi des Genossen Braun oder seines Unterstaatssekretärs Ramm, der sich noch in Berlin befand. Erst als jede Aeußerung von dieser Seite ausblieb, haben wir uns geäußert. Unser Artikel zum „Abbruch der Zwangswirtschaft" erschien am Donnerstag, den 4. September. Auch daraufhin rührten sich nicht die Vertreter des Genossen Braun im Ministerium. Das Resultat dieser Schweigsamkeit war, daß die Oeffentlichkeit den Eindruck gewinnen mußte, den wir in unserem Artikel gekennzeichnet haben.

Nun wirkt es gerade nicht erhebend auf die sozialdemokratische Wählerschaft, wenn sie den Meinungsstreit einzelner ihrer ministeriellen Genossen in solcher Weise aufgetischt bekommt. Das ist der Vorwurf, den wir zu erheben haben. Er richtet sich weder gegen den Genossen Braun persönlich, noch gegen irgendeinen anderen Parteigenossen, sondern dagegen, daß in der Oeffentlichkeit der Eindruck erweckt worden ist, wie wenn Parteigenossen gegeneinander regierten.

Dieser Eindruck darf in Zukunft unter keinen Umständen wieder entstehen, möge die Politik für die Zwangswirtschaft oder gegen sie betrieben werden. In keinem Falle darf das Bild kläglicher Uneinigkeit in der Oeffentlichkeit erweckt werden.

Mit dem Genossen Braun sind wir der Meinung, daß die heutigen Mittel zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität in Fragen der Lebensmittelversorgung ganz ungenügend sind. Hier mit Enteignungen, Landesausweisungen, im Notfalle mit den schärfsten Freiheitsstrafen einzugreifen, wie es sich gegen Verräter am Volkswohl gebührt, ist sozialistisch. Keinesfalls darf man — wie es die Freihändler tun — aus den Umgehungen des Gesetzes, also aus dem Verbrechen eine Tugend machen und aus diesem Grunde für die Aufhebung der Zwangswirtschaft plädieren.

Die Presse zu Scheidemanns Rede.

Scheidemanns Kampfruf gegen die Gefahr von rechts wird von der „Freiheit" natürlich als bloße Demagogie abgetan. „Die Absicht", schreibt sie, „ist zu durchsichtig, daß sie nicht von jedem Kinde durchschaut würde". Die reaktionäre Presse gehört offenbar nicht zu den Kindern, die die Absicht durchschauen, sondern sie erhebt sich zu wütendem Gegenangriff. „Post" und „Reichsbote" überbieten sich in persönlichen Anflegelungen des Redners, der nach der Ansicht des letzteren Blattes Mut nur gegen die Rechte habe, während er mit der Linken „fein säuberlich" verfahre aus Angst, es könnte sonst ein Anschlag gegen seine Person verübt werden. Gegen solchen verleumderischen Blödsinn, der nur von der blauen Wut diktiert ist und von der Unfähigkeit, etwas Sachliches vorzubringen, auch nur ein Wort zu sagen, erübrigt sich. Die „Post" weint blutige Tränen über die Undankbarkeit Scheidemanns dem Obersten Reinhardt gegenüber, der doch den Aufstand im Innern niedergeschlagen habe. Als ob sich ein Soldat durch einmalige Pflichterfüllung einen Freibrief holen könnte zu beliebigen Angriffen auf die Staatsordnung, zu deren Schutze er verpflichtet ist! Auch die „Kreuzzeitung" tobt:

Als eine nicht zu überbietende Dreistigkeit muß es bezeichnet werden, wenn ein Mann wie Herr Scheidemann, der während des ganzen Krieges und wo der Feind vor den Toren stand, unablässig am Sturze der Monarchie gearbeitet hat, denen, die die früheren verfassungsmäßigen Zustände wieder zurückführen wollen, Rechtsbruch vorwirft. Gewalt und Rechtsbruch sind die Waffen, mit denen Herr Scheidemann und seine Genossen ihre Herrschaft begründet haben und bis zum heutigen Tage aufrechterhalten. Die Anhänger des alten Systems aber verlassen den Boden des Gesetzes nicht mit einem Schritt, wenn sie durch Wort und Schrift ihre politische Ueberzeugung vertreten und dem monarchischen Bewußtsein im Volke wieder Boden zu gewinnen suchen.

Man darf die Erklärung der „Kreuzzeitung", daß sie die Rechte am Boden des Gesetzes nicht verlassen wolle, zur Kenntnis nehmen, muß aber dazu bemerken, daß die Theorie des Blattes, die an dem bestehenden Zustand nichts als Gewalt und Rechtsbruch sieht, nicht geeignet ist, die von der „Kreuzzeitung" empfohlene Praxis zu stützen. Nachdem das frühere, von den „Kreuzzeitungs"-Männern gestützte System sich selbst und das deutsche Volk in eine beispiellose Katastrophe hineingerissen hatte, hat die Revolution einen wirklichen Rechtsstaat aufgerichtet und damit das Versinken Deutschlands ins vollständige Chaos aufgehalten. Wer diesen geschichtlichen Tatbestand so verdreht, als ob „Gewalt und Rechtsbruch" die Republik begründet hätten, der verleitet damit andere dazu, mit dem Gedanken zu spielen, daß auf dem gleichen Wege die Republik auch wieder beseitigt werden könnte. Vor solchem Spiel warnen wir, es könnte den Spielern schlecht bekommen.

Das demokratische „Berliner Tageblatt" greift die Stelle in der Rede Scheidemanns auf, in der von dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung die Rede ist und bemerkt dazu:

Die Nationalversammlung ist vor Entscheidungen von grundlegender Bedeutung gestellt. Die Umsatz- und die Reichseinkommensteuer, das Betriebsrätegesetz harren der Erledigung, und neue Sozialisierungsmaßnahmen sind in Vorbereitung. Alle diese Vorlagen, für die die Demokratie dann ohne weiteres eintreten müßte, erfordern gewisse Garantien sachlicher und personaler Art in der künftigen Regierungsführung. Daher wird eine Umbildung des gesamten Kabinetts die notwendige Homogenität erzielen müssen. Man kann auch nicht wissen, was für Anforderungen der bevorstehende Winter mit seiner Kohlen- und Arbeitsnot, rein machtpolitisch, an die Regierung stellen wird, die dann vielleicht gezwungen werden kann, energisch zu handeln und den Boden der demokratischen Republik mit Machtmitteln zu verteidigen und, gegen Angriffe von rechts oder links, sicherzustellen. Das alles erfordert eine Uebereinstimmung der Ansichten im Kabinett, die von vornherein durch eine harmonische Zusammensetzung der Regierung gesichert sein muß.

Daß man nicht miteinander eine Regierung bilden kann, ohne sich miteinander verständigt zu haben, ist eine Selbstverständlichkeit auch für die Sozialdemokratie. Würden die Demokraten Bedingungen stellen, die von unserem Standpunkt aus gegenüber dem jetzigen Regierungsprogramm Verschlechterungen darstellen, so wäre der Fortbestand des jetzigen Zustandes immer noch das kleinere Uebel. In der demokratischen Presse klingt auch manchmal ein Unterton durch, als ob man für den Eintritt in die gegenwärtige Regierung sozusagen „ja gut" sei. Eine solche Auffassung zu stützen, hat gewiß nicht in der Absicht Scheidemanns gelegen. Was in Betracht kommt, das ist in erster Linie eine Ergänzung des bestehenden Kabinetts, eine Umbildung höchstens in dem Sinne, daß sie in keiner Weise den Charakter einer innerpolitischen Krise trägt, die hervorzurufen kein Anlaß vorliegt.

Die Washingtoner Arbeiterkonferenz. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris, daß die amerikanische Regierung bereit sei, den feindlichen Arbeiterdelegierten zu gestatten, als Privatpersonen Amerika zu betreten. Bei der Teilnahme an der Internationalen Arbeiterkonferenz würden ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Denkende Leser.

Wir Menschen, die wir doch so stolz auf unser Denkenkönnen sind, denken zu wenig. Viel zu viel müssen andere für uns denken, und ohne daß wir es merken, geraten wir in Abhängigkeit von anderen Menschen, eben von den wenig selbständig Denkenden. Die hauptsächlichsten Herrscher über unsere Gedankenrichtung sind die Sitte und die Zeitung.

Die Gewohnheit und der gleichmachende Zwang der Gesellschaft, die Massenwirkung im äußeren Tun überheben den Einzelnen des Nachdenkens und machen ihn gleichgültig und bequem. Der Einzelne bildet sich kein eigenes Urteil über Sitten und Gebräuche, er übernimmt sie aus Bequemlichkeit, weil alle es so machen. Er arbeitet nicht mit an der Gestaltung und Verbesserung der Sitten. Und doch wäre dies von großer Bedeutung für unser Volksleben. Jede Sitte, jede Gewohnheit muß geprüft werden, sofern man auf Selbständigkeit im Urteil über sie Anspruch erhebt.

Und der zweite Beherrscher der Gedanken und Meinungen? Es ist die Zeitung. Wie sollen wir uns zu ihr stellen, wenn wir selbstdenkende Menschen sein wollen? Zuerst und vor allem stets ungläubig, wo es sich nicht um klare, einfache Tatsachen handelt. Alle Kommentare, alle Artikel müssen mit starker selbständiger Kritik aufgenommen werden. Die Ansichten, die die Zeitung verbreitet, sollen nicht nachgebetet, sondern nachgedacht werden. Die Zeitung soll den Menschen nicht töten, sondern ihm zum eigenen Urteil verhelfen. Ein gutes Blatt wird in erster Linie danach trachten, dem Leserkreise zu helfen und zu raten bei der Selbsterziehung zum Selbstdenken, zum Gewinnen eines eigenen Urteils. Für diese Aufgabe arbeitet die Zeitung vor allem „unterm Strich", und leider gibt es so viele Menschen, die diesen Teil ihrer Zeitung gar nicht ansehen. Er ist aber für den Leser gerade der wichtigste, sofern er gut geleitet wird. Eine Zeitung mit gutem „Geist- und Seelenspiegel", wie ich „Feuilleton" übertragen möchte, wird ihren Leserkreis stets fesseln und jeden einzelnen in seinem Innern packen und ihn dadurch zum Selbstdenken erziehen. Sie unterhält und regt zu gleicher Zeit an; sie gibt dem Leser einen Ruhepunkt, einen Erholungsraum nach dem blitzartigen Vorüberziehen der Lebensbilder „überm Strich". Dort oben Tatsachenberichte, hier unten gediegene Einzelheit und Geschlossenheit eines Gedankens neben Berichten aus Kunst und Wissenschaft. „Ueberm Strich" Mitteilung des äußeren Lebens der Welt und Auseinandersetzung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. „Unterm Strich" Anregung zum Selbstdenken geistiger Fragen, Beschäftigung mit geistigen und seelischen Auswirkungen in Kunst und Literatur. Aber auch das Lesen ist eine Kunst. Man kann gedankenlos lesen und sagt dann zum Schluß „sehr schön", legt das Blatt beiseite und ist damit fertig. Das ist nicht das rechte Lesen. Denken muß der Leser, fragen und selber Zusammenhänge zwischen seinem Leben und dem Gelesenen schaffen; zu besonderen Aufsätzen, die ihn packten, wieder und wieder greifen, sie ausschneiden, aufheben und wieder lesen.

Goethe sagt einmal: „Alles Gescheite ist schon gedacht worden, man muß nur versuchen, es noch einmal zu denken." Gescheit sein will jeder, aber den Weg zum Gescheitwerden betreten so wenige. Selbstdenken und freies eigenes Urteil erringen, das ist der Weg, um gescheit zu werden, das ist der Weg zum selbständigen freien Leben, das allein des Menschen würdig ist.

Rudolf Biederstedt.

Eine Bibliothek der Technik.

Die berufenen Vertreter der deutschen Technik und Industrie, der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine und die großen industriellen Wirtschaftsverbände, haben sich an die Reichsregierung mit der Bitte gewandt, der deutschen Technik, die in erster Linie zur Leitung unserer Wirtschaft berufen ist, einen unbedingt notwendigen geistigen Mittelpunkt in einer technischen Zentralbibliothek zu schaffen. Als Grundstock für diese Bibliothek der Technik soll die 200 000 Bände umfassende Bibliothek des Reichspatentamtes dienen, die durch einen Anbau und eine entsprechende Vermehrung ihrer Geldmittel und Beamten erweitert werden muß. Oberbibliothekar Paul Otto, der in der Deutschen Literatur-Zeitung diesen Plan in allen Einzelheiten erörtert, betont, daß unsere bestehenden wissenschaftlichen Bibliotheken die besonderen Forderungen der Techniker an geistiger Ausrüstung nicht erfüllen können. „Die Wissenschaft hat Zeit, Technik und Industrie haben keine Zeit. Liegt dort der Schwerpunkt auf der Vergangenheit, in der Geschichte, so hier in der Gegenwart, in der Forderung des Tages. Sind in der alten Bibliothek die ältesten Zeitschriftenjahrgänge, die ersten Auflagen der Bücher die wertvollsten, so sind für das Bedürfnis des Technikers die neuesten Jahrgänge, das neueste Zeitschriftenheft, die letzte Auflage eines Buches, die jüngste Broschüre, Gesetzesbestimmung, Patentschrift die wertvollsten und ergiebigsten." Deshalb müssen für die Bibliothek der Technik die Bücher so rasch wie möglich und in so vielen Exemplaren beschafft werden, wie die Benutzung verlangt. Der Katalog muß stets bis auf die jüngste Gegenwart ergänzt und in leichtester Weise zugänglich sein. Im Lesesaal muß jedes Buch binnen fünf Minuten zur Verfügung gestellt werden; eine photographische Werkstatt muß gegen Erstattung der Selbstkosten Bildabzüge von Patentschriften u. a. liefern. Dafür können die Leihfristen recht kurz bemessen werden.

Wie Nante um den Orden kam.

Mit der Aufhebung der Orden und Ehrenzeichen in Deutschland verschwindet auch eine Sitte oder richtiger gesagt „Unsitte", die jahrzehntelang an einzelnen kleinen Fürstenhöfen sehr im Schwange war. Die Beherrscher dieser Duodezstaaten hatten zum Teil eine nicht geringe Vorliebe für die Schauspielkunst, sie sollte sie aber nicht viel kosten. Sie luden gern große Sänger oder berühmte Künstlerinnen zu einem Gastspiel ein und zahlten huldvollst mit einem — Orden. Da so auch unter Künstlern beiderlei Geschlechts die Eitelkeit vorkommen soll, so mag mancher Mime beglückt ob der Knopflochzier den kleinen Fürstenhof stolz verlassen haben; es ist aber auch manchmal anders gekommen.

Der im Fürstentum Sondershausen regierende Fürst Günther war ein so großer Theaterförderer, daß auf seine Anordnung hin die Sondershausener nicht nur freien Eintritt hatten, sondern jeder männliche Besucher noch eine Tüte Tabak erhielt. Auch er zog Berühmtheiten der Bretter gern an seinen Hof und zahlte dann, wenn es sich irgend machen ließ, mit dem Schwarzburg-Sondershausener Hausorden. Anfang vorigen Jahrhunderts lud Fürst Günther den Komiker Fritz Beckmann, den berühmten „Eckensteher Nante", zu einem Gastspiel an seinem Theater ein. Der Erfolg war außergewöhnlich groß. Nach der Vorstellung ließ der Fürst Beckmann durch den Oberhofmeister melden, daß er sich glänzend amüsiert habe und ihn fragen, ob er lieber das „Ehrenkreuz 4. Klasse" oder fünf Doppelkronen als Entgelt haben möchte. Mit dem ernstesten Gesicht von der Welt erwiderte Beckmann: „Vielleicht können wir beides teilen. Das Ehrenkreuz zweiter Klasse und zweieinhalb Kronen in bar." Das „Ehrenkreuz" hatte Fritz Beckmann durch diese klassische Antwort freilich „verspielt"; dafür wurden ihm aber die fünf Doppelkronen ausgezahlt.

Als dann Beckmann von seinem Gastspiel wieder an das Königstädtische Theater in Berlin zurückkehrte, wurde er wegen des fehlenden Ordens von einigen Kollegen gehänselt, worauf er ihnen schlagfertig zurückgab: „Wenn ihr noch lange redet, lasse ich mir durch eine der Doppelkronen 'ne Oese machen und hänge sie mir an den Frack. Solche „Auszeichnung" hat aus Sondershausen noch keiner von euch nach Hause gebracht."

Notizen.

— Die Jugendbühne Groß-Berlin wird im Einverständnis mit der Schulverwaltung der Stadt Spandau einen größeren Zyklus von Vorstellungen (Wilhelm Tell, Wallensteins Lager, Piccolomini, Prinz von Homburg, Nathan der Weise und Minna von Barnhelm, sowie Hauptmanns Biberpelz) für die dortigen Schulen veranstalten. Unbemittelten und besonders fleißigen Schülern wird der Besuch erleichtert werden.

— Neue Dramen. Ein politisches Legendenstück Die Gewaltlosen von Ludwig Rubiner erscheint als erster Band der Dramenbibliothek „Der dramatische Wille" des Verlages Gustav Kiepenheuer, Potsdam.

— Kunst. Die Kunsthandlung Carl Nicolai, Berlin W., Viktoriastr. 26a, eröffnet Sonntag eine umfassende Ausstellung der Gemälde und Graphiken von Walter Hippel.

— Eine Neger-Nummer bieten die Deutschen Künstlerblätter „Wachtfeuer" in ihrer Nr. 37. Ein Negerbild von H. Hübner, eine gute Einführung in seine Musik von Paul Ertel, höchst lebendige Aktgruppen von Bischoff-Culm, charakteristische Karikaturen Negers von W. Thielmann u. a. mehr bilden den Inhalt des gehaltvollen Blattes.

— Eine halbe Million für eine Kuh. Ein Rekordpreis für eine Kuh wurde auf einer Versteigerung in dem englischen Ort Aylesbury bezahlt. Es handelt sich um eine eingeführte sechsjährige Kuh friesischer Abstammung; sie wurde für 5000 Guineen verkauft, was ungefähr einem gegenwärtigen deutschen Wert von 500 000 Mark entspricht. Im ganzen wurden 47 Stück Rindvieh friesischer Herkunft verkauft; jedes Tier kostete nach gegenwärtigem deutschen Wert im Durchschnitt etwa 50 000 Mark.

Direkte Aktion in England.

Ueber den weiteren Verlauf des englischen Gewerkschaftskongresses wird uns gedrahtet:

Es soll ein besonderer Ausschuß zur Entscheidung darüber zusammengerufen werden, welche Art Aktion ergriffen werden soll, um die Regierung zur Annahme des Vorschlages zu veranlassen. Nachdem Smillie über die Unfälle im Lohlenbergbau während der letzten zwanzig Jahre berichtete, erklärte er, die Grubenarbeiter handelten nicht selbständig in dieser Sache, sondern seien von der Rücksicht auf das Wohl der ganzen Arbeiterklasse und des Gemeinwesens geleitet. Smillies Entschließung wurde bei friedlicher Abstimmung mit 4 400 000 Stimmen gegen 77 000 Stimmen angenommen.

Bemerkenswert ist, daß der Vorsitzende des Seemanns-Verbandes Havelock Wilson Smillies Antrag mit der merkwürdigen Begründung entgegentrat, alle öffentlichen Betriebe, besonders das Telephon und das Postwesen, litten unter dem Staatsbetriebe. Er bedauerte tief, daß die Arbeiterklasse einen Weg einschlüge, der alles, was die Partei bisher aufgebaut habe, zerstören könne.

Dieser überraschend große Sieg wird als sehr ernst angesehen und „Daily Telegraph" drückt die allgemeine Meinung aus, wenn er schreibt, die Annahme war eine revolutionäre Handlung und eine offene Kriegserklärung an die konstitutionelle Regierung des Landes, die man jetzt zwingen wird, den Beschluß des Kongresses anzunehmen.

Donnerstag wurden auf dem Gewerkschaftskongreß in Glasgow zwei Resolutionen angenommen. In der einen wird verlangt, daß die Regierung im nächsten Jahresbudget den Grundbesitz direkt besteuern soll. Die andere fordert die Nationalisation des Bankfystems im ganzen Land.

Der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung war eine Entschließung Shaws von der Gewerkschaft der Wagenarbeiter, die die direkte industrielle Aktion in rein politischen Fragen als antidemokratisch bezeichnete. Brownlie sprach sich gegen die Resolution aus, wobei er davon ausging, daß, falls die Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, die Arbeiter das Recht haben müßten, ihre Macht zu gebrauchen, damit das Vertrauen zwischen dem Parlament und der Wählerbevölkerung gewahrt bleibt. Citrine von der Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter schlug vor, die Resolution zu verwerfen. Sein Vorschlag wurde mit 2 250 000 Stimmen gegen 2 080 000 Stimmen angenommen.

Damit hat sich die englische Arbeiterschaft für den politischen Streik entschieden. Die Mehrheit, die die Anhänger der direkten Aktion auf ihrer Seite hatten, war gering. Wenn damit auch die weitere Radikalisierung der englischen Gewerkschaftsbewegung nicht bestritten werden soll, — diese spricht ja auch aus der übergroßen Majorität, die für die Nationalisierung des Bergbaus zusammenkam — so sind doch die weitgehenden Hoffnungen zum mindesten verfrüht, die auf den politischen Generalstreik gesetzt werden könnten. Gegen eine Minderheit von vier Neunteln ist ein großer politischer Streik ein Unding. Daß in der englischen Arbeiterschaft besonnene Leute noch am Werke sind, sieht man aus der kühlen Haltung Havelock Wilsons, der gegen die Verstaatlichung wegen der schlechteren technischen Verwaltung der Betriebe auftrat.

Im Großen und Ganzen sind die Verhandlungen und Entschließungen auf einen schärferen Ton gestimmt, als man ihn bisher von den englischen Gewerkschaftskongressen gewohnt war. Die Forderung nach der Sozialisierung der Banken nimmt sich in dem Lande, das noch während des Krieges die Abrechnungsstelle für den gesamten Welthandel in seinen Grenzen sah, ganz besonders auffallend aus. Bisher ist sie mit solchem Nachdruck nur in sowjetistischen Ländern erhoben worden und auch da nach den Fehlschlägen der ersten Zeit durch Verleihung von Auslandskonzessionen durchbrochen worden.

Die Betriebsräte in der Eisenbahnverwaltung.

Der Minister legt Wert auf schleunigste Einführung.

Der Minister der Oeffentlichen Arbeiten, Oeser, hat an die Eisenbahndirektionen eine Verfügung erlassen, in der er für eine möglichst beschleunigte Durchführung der Betriebsräte in der Eisenbahnverwaltung eintritt. Die Verfügung lautet:

„Ich habe sowohl in der Landesversammlung wie bei den Beratungen der Preußischen Staatsregierung und der Reichsregierung für den Gesetzentwurf über die Betriebsräte stets mit allem Nachdruck betont, daß ich den größten Wert auf möglichst schnelle Einführung der Betriebsräte bei der preußischen Staatseisenbahn-Verwaltung lege. Auch meine Kommissare haben bei allen Vorberatungen über den Gesetzentwurf in meinem Auftrage diesen Standpunkt vertreten. Das Gesetz ist in erster Lesung von der Nationalversammlung beraten worden. Am 23. September tritt der Ausschuß der Nationalversammlung zur Beratung des Gesetzes zusammen. Sofort nach Abschluß dieser Ausschußberatungen wird die Nationalversammlung über das Gesetz in zweiter und dritter Lesung beschließen. Inzwischen habe ich den Reichsarbeitsminister ersucht, schon jetzt die Ausführungsbestimmungen und die Vorschriften für die Wahlordnung zu erlassen, damit unverzüglich nach der Annahme des Gesetzes durch die Nationalversammlung zu den Wahlen geschritten werden kann. Ich habe auch den Verbänden der Arbeiter mitgeteilt, daß ich sie noch vor der endgültigen Annahme des Gesetzes durch die Nationalversammlung zu Besprechungen über die Einführung der Betriebsräte bei der Eisenbahnverwaltung zu mir rufen lassen werde. Auch mit den Beamtenverbänden werde ich über die Gewährung entsprechender Rechte an die Beamten zusammen arbeiten. Ich verfehle es, daß die Bediensteten ungeduldig auf das Zustandekommen des Gesetzes warten, und beauftrage deshalb die Eisenbahndirektion, diesen Erlaß durch das Amtsblatt bekanntzugeben. Ich wünsche, daß jeder Bedienstete erfährt, daß ich bisher und auch künftig mit allem Nachdruck für das schnelle Zustandekommen des Gesetzes und dann für die Einführung der Betriebsräte auf der Grundlage dieses Gesetzes eintrete. Bis dahin müssen jedoch alle Wahlen zu wilden Betriebsgesetzen unterbleiben.

100 Prozent Ergänzungssteuerzuschlag. Zu der Mitteilung, daß Finanzminister Dr. Südekum in einer Sitzung des Haushaltausschusses der preußischen Landesversammlung den Vorschlag gemacht habe, den bereits erhobenen Zuschlag zur Vermögenssteuer noch einmal zu erheben, schreibt die „N. A. Z.": Diese Nachricht trifft in dieser Form nicht zu. Es handlet sich nicht um einen Zuschlag zur Vermögenssteuer, sondern um einen Zuschlag zur preußischen Ergänzungssteuer um 100 Prozent, wie sie in einer Denkschrift der preußischen Nationalversammlung vom 8. September 1919 vorgesehen ist. Der Zuschlag zur Ergänzungssteuer betrug laut Gesetz vom 8. Juli 1916 50 Prozent.

Der Höhepunkt agrarischer Frechheit!

Sie erklären Verordnungen der Regierung für ungültig!

In der am 10. September in Neustettin erschienenen Nr. 212 der „Norddeutschen Presse" ist folgender „Erlaß" der vorpommerschen Junkerschaft zu lesen:

Die von dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erlassene „Verordnung betr. die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten" vom 2. 9. 19 ist rechtsungültig. Der Versuch des Ministers, sie auf § 1 der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. 11. 18 zu stützen, ist rechtsirrig; denn die Störungen des Wirtschaftslebens durch Streiks in der Landwirtschaft sind keine Folgen der Demobilmachung.

Da die ganze Ministerialverordnung ungültig ist, so ist auch eine Anordnung über Arbeitsbedingungen für landwirtschaftliche Arbeiter, die der Regierungspräsident — als Demobilmachungskommissar in den nächsten Tagen für den Kreis Neustettin — wie schon am 3. 9. für Belgard geschehen — erlassen wird, rechtswidrig und ungültig.

Die Unterzeichneten halten es für ihre patriotische Pflicht, sich nicht an dieser Rechtsbeugung (!! D. Red.) zu beteiligen; sie lehnen daher die Annahme der Bedingungen ab und bitten ihre Berufsgenossen zur Abwehr der rechtswidrigen Uebergriffe des Landwirtschaftsministers ebenso zu verfahren.

von Bonin-Bahrenbusch, Vors. des landw. Vereins Neustettin.
von Gandecker-Zuch, Vors. des landw. Vereins Bärwalde.
von Herzberg-Lottin, Vors. der Kreiskommission.
Beigel-Hohenfelde, Vors. des landw. Vereins Tempelburg.

Die Unterzeichner dieses Pronunziamentos sind die bekannten Kämpfer des allerreaktionärsten agrarischen Junkertums. Der Sinn ihrer Auflehnung ist der, daß sie keine Tarifverträge mit ihren Landarbeitern abschließen wollen; aus diesem Grunde erklären sie höchst selbstherrlich die — selbstverständlich vollrechtsgültige — Verordnung des Landwirtschaftsministers für ungültig. Wir erwarten, daß der Landwirtschaftsminister dieser widerborstigen Junkergesellschaft schleunigst Respekt vor den Gesetzen beibringt, event. unter Zuhilfenahme der Maschinengewehre, nach denen die „Deutsche Tageszeitung" anläßlich des Falles Stargard so inbrünstig gegen alle die verlangt, welche die Gesetze nicht achten; denn — wie sagt doch die „Deutsche Tageszeitung" so schön und richtig:

Die Regierung, die allen diesen gesetzlosen (reaktionären (Red. d. „Vorw.") Ausschreitungen mit langmütigster Nachsicht zusieht, sollte sich sagen, daß es endlich damit ein Ende haben muß, wenn nicht jede Regierungsautorität zum Kinderspott werden soll.

Bravo, „Deutsche Tageszeitung", und bitte, Herr Landwirtschaftsminister, haarscharf danach zu handeln, gegen die Herzberg-Lottin, Bonin-Bahrenbusch und sonstige aufrührerische reaktionäre Gesellen!

Die Tribüne spielt mit.

Zu den Szenen in den Stadtverordnetenversammlungen.

In den Berliner Stadtverordnetenversammlungen geht es seit einiger Zeit mitunter recht merkwürdig zu. Deputationen melden sich an und lassen, wenn sie nicht zugelassen werden, von ihren Anhängern im Saale einen wütenden Skandal vollbringen. Oder es erscheinen auf den Tribünen Interessenten aller Art und greifen mit Drohungen und Beschimpfungen in den Gang der Verhandlungen ein, wenn diese nicht den von ihnen gewünschten Verlauf nehmen. Der Zufall will es, daß in der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlung die Unabhängigen das Ziel eines solchen Generalangriffs der Tribüne wurden, der diesmal von reaktionärer Seite ausging — aber es ist ja ganz gleichgültig, gegen welche Partei sich diese Skandale richten und von welcher sie ausgehen. Hauptsache ist, daß sie unbedingt aufhören müssen. Volksvertretungen — und das sind die Stadtverordnetenversammlungen heute ebenso gut wie Staatsparlamente — dürfen nicht in die Lage versetzt sein, ihre Beschlüsse unter Prügelandrohungen fassen zu müssen. Den zufälligen Tribünenbesuchern — einige Dutzend oder Hundert — darf kein Einfluß gestattet werden auf die Beschlüsse einer Versammlung, die die gesamte Einwohnerschaft repräsentiert. Die Entwicklung unhaltbarer Zustände auf diesem Gebiete ist eine Gefahr für die Demokratie und nur eine Chance mehr für die Anarchie. Die Helden der Tribünenskandale mögen sich gesagt sein lassen, daß es so wie bisher in keinem Fall weitergeht. Wer die Tribüne einer Volksvertretung betritt, ist dort ein Gast und hat sich zu betragen, wie es sich für einen Gast schickt. Tut er das nicht, so hat er kein Recht, sich zu beklagen, wenn ihm aus seinem Benehmen unangenehme Folgen erwachsen. Die Beratungsfreiheit der Parlamente darf nicht unterdrückt werden durch die Radaupolitik der Kiebitze.

Linksradikaler Spaltbazillus.

Starke Meinungsverschiedenheiten bei den Kommunisten.

Die Parteispaltung ist das eigentliche Lebenselement der links von uns stehenden Gruppen. Nachdem sie zunächst die alte Partei gespalten hatten, spalteten sich die Abtrünnigen unter sich in Unabhängige und Kommunisten, und nunmehr setzt sich der Spaltungsprozeß in den Untergruppen fort. Welch schwere Differenzen die Unabhängige Partei zerklüften und wie mühsam die Gegensätze auf der letzten Reichskonferenz überbrückt wurden, indem man in allen strittigen Fragen eine Abstimmung vermied, ist unseren Lesern bekannt.

Nicht weniger kriselt es auch bei den Kommunisten. Die „Rote Fahne" überschreibt ihre Nr. 51—52 mit den Worten: „Die Partei in Gefahr!" Es wird berichtet, daß die Funktionärversammlung des Parteibezirks das Referat des Vertreters der Reichszentrale entgegengenommen und mit Bewegung angehört hat, welch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteileitung und der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder in Fragen prinzipieller Natur bestehen. Diese Fragen betreffen die Stellungnahme der Partei zum Parlamentarismus, zur Betriebsorganisation und damit zu den Gewerkschaften und zum Betriebsrätegesetz der Regierung.

In der kommunistischen Parteileitung ist man scheinbar immer noch fürs Wählen und — wie die „Freiheit" einmal bissig von Georg Ledebour schrieb — fürs Gewähltwerden. Die Mehrzahl der Mitglieder will davon nichts hören und lehnt alles Zureden der Parteileitung ab. Es wurde mitgeteilt, daß Klara Zetkin ihr Mandat in der Württembergischen Landesversammlung niederlegen und der Partei den Rücken kehren will. Der Bericht der „Roten Fahne" bemerkt dazu: „Man hörte es achselzuckend." Recht bezeichnend, wie kaltblütig man in der K. P. D. die wenigen führenden Mitglieder verliert, die schon vor der Revolution in der Arbeiterbewegung einen Namen hatten.

Der Sprecher der Reichszentrale erklärte, daß er der Richtung, die die Parteimehrheit innezuhalten wünscht, nicht folgen könne. Trotzdem bemerkt der Bericht am Schluß, nicht Spaltung der Partei habe sich vorbereitet, sondern „Konsolidierung". Für kommunistische Begriffe sind ja Spaltung in immer kleinere Zirkel der allein Rechtgläubigen und Konsolidierung so ziemlich dasselbe.

Ein kommunistischer Held.

Der Führer der kommunistischen Arbeiterräte in Berlin war längere Zeit ein gewisser Herfurth, einer jener Leute, die sich vor der Revolution um das Proletariat nur in negativem Sinne bekümmert haben, aber mit dem 9. November plötzlich ihr erzradikales Herz entdeckten. Was man mit solchen unerprobten „Führern" für Erfahrungen macht, zeigt ein „Eingesandt mehrerer Schutzhaftgefangener" im „Syndikalisten". Es lautet:

„In verschiedenen hiesigen Blättern waren Anspielungen, daß sich einzelne von den Schutzhaftgefangenen in der Haft nicht als Männer und Kämpfer benommen hätten. Euch ersuchen wir, folgendes der Oeffentlichkeit mitzuteilen: Der Arbeiterrat Herfurth (K. P. D.) hat in Anwandlung von Feigheit sich an die demokratische Fraktion und an den Kriegsgerichtsrat Sohl gewandt. Dem Kriegsgerichtsrat Sohl erklärte Herfurth, daß er gegen jeden Streik sei und Noske sich mit dem Streikverbot im Recht befände. Er wäre schon immer gegen die Streiks gewesen und trotzdem hätte man ihn verhaftet."

So sieht es mit dem persönlichen Mut des Helden aus, durch dessen großsprecherische Phrasen sich ein Teil der Arbeiterschaft im Januar und März in den Straßenkampf treiben ließ. Aber gewiß, solche edlen jugendlichen „Stürmer" sind weit geeigneter zur Führung des Proletariats, als die ergrauten mehrheitssozialistischen „Parteibonzen", von denen fast jeder ein paar Jahre seines Lebens im Gefängnis zugebracht hat, ohne nach ein paar Wochen in hündischer Weise und unter Verleugnung seiner Ueberzeugung um Gnade zu winseln, wie das Herrn Herfurth vorbehalten blieb.

Schülerstreiks.

Die Folgen alldeutscher Verhetzung.

Wegen der auf ministerielle Anordnung vorgenommenen Entfernung von Kaiserbildern aus den Klassenräumen haben sich in Gotha, Greifswald, Hirschberg, Osnabrück und Stolp Streiks der Schüler höherer Lehranstalten entwickelt. In Greifswald sind die Schüler infolge einer persönlichen Ermahnung des Kultusministers Hänisch, an den sie sich gewandt hatten, zum Unterricht wieder erschienen. Am Mittwoch hielten in Stettin Schüler und Schülerinnen vor dem Stadttheater eine Versammlung ab, um gegen die Entfernung der Hohenzollernbilder zu protestieren. Die Schüler und Schülerinnen zogen vor die Hohenzollerndenkmäler, wo nach einigen Kaiserhochs beschlossen wurde, am Freitag in den Streik zu treten, falls bis dahin die Bilder nicht wieder angebracht sein sollten.

Diese Schülerdemonstrationen sind die unausbleibliche Frucht der Saat, die die alldeutschen „Pädagogen" während des Krieges und nach der Novemberrevolution in die Seelen ihrer naiven Schutzbefohlenen bewußt und systematisch hineingestreut haben. Es geht auf keine Kuhhaut, was die geradezu berüchtigt gewordenen alldeutschen Ideologen innerhalb der Lehrkörper der höheren Anstalten sich an Irrlehren und gehässigen Beleidigungen gegen die neue Staatsform und deren Vertreter geleistet haben. Dieses Hineintragen der Parteipolitik in die Schulräume darf von der Regierung nicht länger mehr geduldet werden. Auch die Anhänger der demokratisch-republikanischen Staatsform in den Lehrkörpern, besonders unsere sozialistischen Freunde sollten ganz energisch dagegen ankämpfen.

Den aufsässigen Schülern und Schülerinnen aber ist folgendes klarzumachen: Wer eine höhere Lehranstalt besucht, genießt eine staatliche Vergünstigung, denn der Staat wendet für seine Erziehung und Ausbildung besondere Mittel auf. Diese Vergünstigung ist doppelt groß, solange das Prinzip der Einheitsschule noch nicht durchgeführt ist, und sie daher nicht den Tüchtigsten, sondern den Kindern der Bemittelten zugute kommt. Wenn die jetzigen Nutznießer der staatlichen Vergünstigung sie von diesem Staate nicht annehmen wollen, so kann sehr leicht Abhilfe geschaffen werden durch die Auswahl einer entsprechenden Anzahl begabter Volksschüler, die sich sicher nicht an die Entfernung der Kaiserbilder stoßen und denen von den jetzigen Mittelschülern die Plätze für den Aufstieg weggenommen werden. Zur Annahme von Wohltaten soll man niemand zwingen; wenn diese jungen Leute unter der Republik auf die Aneignung höherer geistiger Bildung verzichten — so mögen sie es haben!

Tragikomisches vom Polenaufstand.

Daß es beim letzten Polenaufstand auch tragikomische Momente gegeben hat, die aber auch den Patriotismus mancher „Herren" in einem eigentümlichen Lichte zeigen, beweist folgendes Geschichtchen, das unser Breslauer Parteiblatt brachte:

In Pilgramsdorf, Kreis Pleß, residiert ein Herr v. Reitzenstein, Rittergutsbesitzer und frommer Zentrumsmann. Als s. Zt. der Grenzschutz auf seinem Gute Quartier verlangte, lehnte das der Herr aus leicht erklärlichen Gründen ab. Der Grenzschutz, der beritten war, mußte deshalb über das ganze Dorf verstreut werden, weil ja der Bauer nicht mehr wie einen Mann und ein Pferd aufzunehmen imstande ist. Den Putschisten war es im gegebenen Augenblick dann natürlich ein Leichtes, die verstreut untergebrachten Mannschaften einzeln zu überwältigen und abzuführen. Dagegen war der Herr Baron sehr damit einverstanden, daß der Grenzschutz sein verfaultes Heu verbrauchte.

Aber auch sonst ist der Herr Baron nicht sehr patriotisch und im besonderen schert er sich in keiner Weise an die Verordnungen der „roten" Regierung über die Viehablieferungspflicht. Dazu ist ja der Bauer da. Ein solches Verhalten rächt sich aber auch manchmal. Als nämlich die Polen beim Aufstand das Schloß überfielen, nahmen sie dem Herrn Baron auch etliche Stück Rindvieh weg und gaben ihm dafür eine Quittung. Nun wird er sich ja wieder bei der „roten" Regierung schadlos zu halten versuchen.

Großen Respekt hat der Herr Baron nur vor seinem Knechte! Der Knecht, namens Obracai, ist zugleich Korporal in der polnischen Legion. Beim Aufstand kam nun der Korporal zu seinem Herrn, „borgte" sich von diesem ein Paar Glacéehandschuhe und aus der Waffenkammer einen langen Schleppsäbel! Im Vollgefühl seiner Würde trat er nun vor seinen Herrn und dieser stellte sich ihm und der polnischen Regierung zur Verfügung. Nicht ganz so devot, wie der Herr waren die übrigen Knechte. Denn als der Herr Korporal nun von der Schloßtreppe aus seine Anweisungen gab, quittierte die ganze Bande die Befehle mit einem sehr lauten und aus dem Herzen kommenden „gumno".

Das Schauspiel fand ein plötzliches Ende. Denn bald erscholl der wenig angenehme Ruf: „Zurück! Marsch, Marsch! Grenzschutz idzie!" — Alles floh eiligst und der Herr Baron mußte noch seine besten Pferde und die Wagen zu dem „Rückzug" geben. — Schrecklich, aber wahr!

Gewerkschaftsbewegung

Die Differenzen in der Metallindustrie.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat an den Schlichtungsausschuß, dem bekanntlich die Schlichtung von Streitigkeiten in der Berliner Metallindustrie obliegt, ein längeres Schreiben gerichtet, worin sie gegen denselben den Vorwurf erhebt, dem billigen Verlangen der Arbeiter hinsichtlich der Entlohnung nicht nachgekommen zu sein. Während der Ausschuß den Wünschen der Arbeitgeber in weitgehendster Weise Rechnung trage, seien die berechtigten Forderungen und Wünsche der Arbeiterschaft völlig unberücksichtigt geblieben. Es wird dem Schlichtungsausschuß also die Begünstigung der Arbeitgeber und die Außerachtlassung der Interessen der Arbeiter zum Vorwurf gemacht. Wir müssen es dem Schlichtungsausschuß überlassen, sich zu dieser Anschuldigung zu äußern; mit Rücksicht darauf aber, daß die gegenwärtigen Vorgänge in der Berliner Metallindustrie von allgemeiner Bedeutung sind, geben wir das Schreiben hier wieder:

Im Auftrage der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß die beauftragten Vertrauensleute unserer Organisation sich an den weiteren Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß nicht mehr beteiligen können.

Mit Folgendem erlauben wir uns, Ihnen die Gründe hierfür mitzuteilen:

Der am 21. August 1919 für die Metallindustrie gefällte Schiedsspruch sieht 5 Lohnklassen sowie Leistungszuschläge vor. Er sieht aber durch den Punkt 3 Absatz 3:

> „Die durch die aufgeführten Zuschläge sich ergebende Grenze kann bei einzelnen Leuten überschritten werden, die außergewöhnliche Fähigkeiten und Leistungen aufweisen."

vor, Präzisionsarbeiter über die 1. Klasse hinaus zu entlohnen. Der derzeitige Schlichtungsausschuß hat diese Bestimmung des Schiedsspruchs vom 21. August 1919 vollständig außer acht gelassen und hat prinzipiell beschlossen, Präzisionsarbeiter werden in die 1. Klasse eingereiht.

Durch den Spruch vom 21. August 1919 wird ferner festgelegt, daß die Einreihung der einzelnen Arbeitergruppen in die vorgesehenen Lohnklassen bis Freitag, den 5. September 1919, zu geschehen habe. Obwohl der Schlichtungsausschuß die praktische Undurchführbarkeit dieser Vorschrift anerkennt, hat er dem billigen Verlangen der Arbeiter, die von diesem Zeitpunkt an eine Zahlung bzw. Nachzahlung der neuen Löhne forderten, nicht entsprochen, sondern den Arbeitern durch Beschluß vom 4. September 1919 mitgeteilt, daß er fest davon überzeugt sei, daß die Einreihung bis zum 10. September 1919 vorgenommen sein würde. Der genannte Beschluß sagt aber nicht, daß vom 10. September 1919 an die Entlohnung entsprechend der Einreihung auch erfolge.

Weiter lassen die auf Grund dieser prinzipiellen Entscheidungen gefällten Teilsprüche erkennen, daß der Schlichtungsausschuß bei der Einreihung in die Lohnklassen die jetzige Entlohnung vollständig unberücksichtigt gelassen hat; ebenso unberücksichtigt blieb die Gesundheitsschädlichkeit, der besondere Kleideraufwand und die Intensität der Arbeitsleistung einzelner Berufsgruppen. Die Kraftaufwendung bei der Arbeitsleistung wurde nur zum Teil berücksichtigt.

Entsprechend dieser Auffassung des Schlichtungsausschusses sind die bisher gefällten Teilsprüche zustande gekommen. Diese Teilsprüche bringen für den größeren Teil der Berufsgruppen eine ganz bedeutende Herabsetzung der bisherigen Arbeitsverdienste.

Obwohl also der Schiedsspruch vom 21. August 1919 durch den Passus 4:

> „Von dem Abbau der Spitzenlöhne soll zurzeit abgesehen werden,"

vorsieht, daß ein Abbau der bisherigen Verdienste nicht vorgenommen werden darf, werden durch die Teilschiedssprüche die Arbeiter in ihren bisherigen Verdiensten wesentlich geschmälert.

Auch die durch den Schiedsspruch vom 21. August 1919 durch den Passus 5:

> „In Betrieben bzw. Fabrikationsabteilungen, in denen der Durchschnittslohn höher ist als der jetzt vereinbarte Lohn, wird an Neueinzustellende zunächst der neue Einstellungslohn gezahlt. Außer dem ersten, jedem leistungsfähigen Arbeiter nach 6 Tagen zu gewährenden Zuschlag bekommt er einen Sonderzuschlag in Höhe der Differenz zwischen dem Durchschnittslohn, der für ihm gleichwertige Arbeiter derselben Kategorie gezahlt wird, und dem Einstellungslohn, plus sämtlichen Zuschlägen der betreffenden Kategorie."

geschaffene Sicherung ist für die Berliner Metallarbeiter durch die vom Reichsarbeitsministerium am 3. September 1919 erlassene Verordnung bedeutungslos. Die genannte Verordnung hebt die bisherige soziale Fürsorge für die Arbeiter für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung völlig auf. Die Herren Arbeitgeber haben jetzt die Möglichkeit, durch einen großzügigen Wechsel der Belegschaft auf Lohn- und Akkordverdienst preisdrückend einwirken zu können und werden dies nach unserer Erfahrung auch tun. Tatsächlich haben einzelne Firmen bereits Anordnungen gegeben, die Akkordpreise herabzusetzen.

Während einerseits den Wünschen der Herren Arbeitgeber seitens des Schlichtungsausschusses in weitgehendster Weise Rechnung getragen wurde, sind die berechtigten Forderungen und Wünsche der Arbeiterschaft völlig unberücksichtigt geblieben. Aus diesem Grunde haben die Arbeiter das Vertrauen zum Schlichtungsausschuß vollständig verloren.

Wir lassen dem Herrn Reichsarbeitsminister die gleiche Erklärung zugehen und stellen es diesem anheim, weitere Maßnahmen zur Wahrung des wirtschaftlichen Friedens in der Berliner Metallindustrie zu treffen.

Vor neuen Kämpfen in der Holzindustrie.

Nach äußerst langwierigen Verhandlungen ist es Ende August gelungen, den Reichstarif für das deutsche Holzgewerbe zum Abschluß zu bringen. Ueber den wesentlichen Inhalt des Vertrages hat der „Vorwärts" in Nr. 433 vom 25. August berichtet. Die Verhandlungen waren unmittelbar zwischen den Parteien, nämlich dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe als Vertretung der Unternehmer und den Arbeiterorganisationen unter der Führung des Deutschen Holzarbeiterverbandes gepflogen worden. Hierbei war über einige Punkte eine Verständigung nicht zu erzielen gewesen, doch hatten sich die Parteien dahin verständigt, daß diese Fragen von dem Tarifamt unter dem Vorsitz des Frh. v. Berlepsch als Unparteiischen endgültig entschieden werden sollten. Beide Parteien verpflichteten sich im voraus zur Anerkennung der gefällten Entscheidung. Am 28. und 29. August hat das Tarifamt in Erfurt getagt und am 1. September fand in Berlin eine Konferenz der Städtevertreter des deutschen Holzarbeiterverbandes statt, welche dem nun endgültig formulierten Reichstarif ihre Zustimmung gab. Der Vertrag wurde hier gegen 7 Stimmen angenommen.

Beim Arbeitgeber-Schutzverband gab es größere Schwierigkeiten. Eine am 30. August in Würzburg abgehaltene Generalversammlung verlief resultatlos. Am 10. September fand eine weitere Generalversammlung in Berlin statt und

hier wurde der Reichstarif abgelehnt.

Die Unternehmer haben beschlossen, den Vertrag nur unter der Bedingung anzuerkennen, wenn die Bestimmungen über die Betriebsräte und über die Regelung des Lehrlingswesens daraus entfernt werden. Das sind zwei von den Fragen, deren Formulierung dem Tarifamt unter dem Vorsitz des Unparteiischen übertragen war.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat die Zumutung, jetzt noch in eine Aenderung des Tarifvertrages zu willigen, rundweg abgelehnt. Das Verlangen der Unternehmer ist auch reichlich naiv. Seit dem März dieses Jahres haben sich die Verhandlungen hingezogen. Sie sind wiederholt gescheitert und die zerrissenen Fäden sind nur mit Mühe wieder angeknüpft worden. Die Unternehmer haben eine große Findigkeit entwickelt in der Suche nach Vorwänden, um den Abschluß hinauszuzögern. Unter anderem halten sie einmal verlangt, daß das Reichsarbeitsamt einen Schiedsspruch über die Dauer der Arbeitszeit fällen möge. Das ist geschehen, aber die Unternehmer lehnten dann den Schiedsspruch ab, weil er ihnen nicht gefiel. Nun wollen sie dieses Spiel von neuem beginnen. Sie haben den Schiedsspruch des Frh. v. Berlepsch über die restlichen Streitfragen verlangt, nun er vorliegt, wollen sie ihn wieder ablehnen.

Das Verhalten der Generalversammlung der Unternehmer zeugt von einer unglaublichen Kurzsichtigkeit. Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der die Verhandlungen geführt hat, hat sich bei ihrem Abschluß für die Annahme des Reichstarifvertrages durch seine Generalversammlung verbürgt und damit erreicht, daß die damals schwebenden Lohnkämpfe, die durch den vorangegangenen Abbruch der Verhandlungen hervorgerufen waren, aufgehoben wurden. Nun hat die Generalversammlung ihren Vorstand desavouiert und damit gleichzeitig den Arbeitgeber-Schutzverband als verhandlungsunfähig erklärt. Zum mindesten sind weitere Verhandlungen mit seinen Vertretern sehr erschwert, da sie ja nach diesen Vorgängen keinerlei Garantie bieten können, daß eine mit ihnen getroffene Vereinbarung von den Unternehmern auch anerkannt wird.

Die Dinge stehen nun so, daß der geplante Abschluß eines Reichstarifs für die Holzindustrie unmöglich geworden ist. Aber selbstverständlich ist damit die Durchführung der in dem Vertrag festgelegten Bedingungen nicht aufgegeben. Die Holzarbeiter werden jetzt bemüht sein, den Tarifvertrag, dessen zentraler Abschluß gescheitert ist, in den einzelnen Orten zur Annahme zu bringen. Das wird so schwer nicht sein, da bereits vor den letzten zentralen Verhandlungen vielfach örtliche Vereinbarungen getroffen wurden, deren Inhalt in manchen Punkten weiter geht, als der Reichstarif. Aber trotzdem muß damit gerechnet werden, daß nun eine umfangreiche Lohnbewegung in der Holzindustrie einsetzen wird. Die Schuld daran tragen ausschließlich die Unternehmer, die durch ihren unüberlegten Beschluß eine Beunruhigung des Gewerbes verursacht haben in dem Augenblick, wo sich die Möglichkeit bot, durch die Annahme des Reichstarifs eine ruhige und stetige Entwicklung zu sichern.

Die Arbeitslosen für Rußland.

Freitag nachmittag tagten in Berlin und den Vororten neun Arbeitslosenversammlungen, die sich mit dem Kongreß der Arbeitslosenräte in Hamburg beschäftigten. Im Gewerkschaftshause fanden sich zirka 500 Arbeitslose ein. Die Redner wandten sich heftig gegen die Regierung, die durch Straßendemonstrationen zum Sturze gebracht werden müsse. Die deutschen Arbeiter seien davor gewarnt, nach Nordfrankreich und Belgien zu gehen, da sie als Lohnsklaven behandelt werden würden. Man wolle mit ganzer Kraft und großer Freude in Rußland am Aufbau tätig sein, weil man dort keinen Kapitalismus großziehe, sondern der Ertrag der Arbeit Allgemeingut sei. Aufs heftigste wurden die Gewerkschaften angegriffen. Etliche Redner erklärten, stolz darauf zu sein, nicht gewerkschaftlich organisiert zu sein. Die Anwesenden wurden aufgefordert, aus den Gewerkschaften auszutreten. Man wolle zu direkten Aktionen greifen und alles niederknüppeln, was sich in den Weg stellt. Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, worin der Regierung ein Ultimatum gestellt wird, mit Sowjetrußland zu verhandeln, um den Arbeitern den Weg nach Rußland freizumachen.

Stürmischer Verlauf der zweiten Eisenbahnerversammlung.

Auf der zweiten Eisenbahnerversammlung im Lehrervereinshaus referierte wieder Scholz im großen Saale, auf dem Hofe Knebel. Scholz betonte, daß es der Stolz der Eisenbahner sein müßte, auch jetzt noch voll und ganz ihre Pflicht der Oeffentlichkeit gegenüber zu erfüllen. Allerdings habe die Regierung ihre feierlichen Versprechungen nicht gehalten. Es spreche kein Mensch mehr vom Mitbestimmungsrecht. Streckenarbeiter z. B. sollen vergewaltigt werden. Es würde aber die große Masse der Arbeiter dies nicht zugeben. — In beiden Versammlungen wurde dieselbe Entschließung eingebracht, die auch am Vormittag angenommen wurde. In der Aussprache wies ein Redner darauf hin, daß die Eisenbahner die Elitetruppe des Roten Vollzugsrats seien und daß sie zur gegebenen Zeit auf dem Plane erscheinen werden. Man wolle einen Teil der Eisenbahner brotlos machen, um sie nach Nordfrankreich bei den Wiederherstellungsarbeiten verwenden zu können. In den nächsten Wochen ständen bedeutende Ereignisse bevor. Sämtliche Gewerkschaftsführer würden mit Gewalt beseitigt werden, man werde einen „Bonzen-Putsch" machen und so die zukünftige Räteorganisation durchführen. Der bestehende Staat müsse gestürzt werden.

In beiden Versammlungen gelangte die eingebrachte Entschließung gegen erhebliche Minderheiten zur Annahme.

Akkordarbeit in den Eisenbahnbetrieben.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband als die stärkste Organisation der Eisenbahner Deutschlands mit über 40 000 Mitgliedern hat, wie uns vom Verbandsbureau mitgeteilt wird, zur Frage des Akkordsystems noch nicht Stellung genommen. In einer am 13. und 14. September stattfindenden Konferenz, an der Vertreter aus ganz Deutschland teilnehmen, soll diese Frage erst beraten und darüber Beschluß gefaßt werden.

Die Gummiarbeiter Berlins, welche im Verband der Fabrikarbeiter eine selbständige Gruppe bilden, hielten am Donnerstagabend im Gewerkschaftshause eine stark besuchte Branchenversammlung ab. Krüger erörterte die Durchführung des neuen Tarifes, die ohne große Schwierigkeiten vor sich gegangen ist. Unzufriedenheit herrscht in Kollegenkreisen über die Höhe der Differenz, die zwischen der ersten und zweiten Gruppe des neuen Lohnabkommens besteht. Die Branchenleitung und Funktionärkonferenz ist aber der Meinung, von einer Kündigung des Abkommens in Anbetracht der Kohlenkalamität und der gespannten wirtschaftlichen Lage Abstand zu nehmen. Nach einer regen Diskussion wurde dem Bericht des Branchenleiters zugestimmt. Unter Branchenangelegenheiten wurde den Berufskollegen der Elektroindustrie bei eventuellen Kämpfen die Sympathie der Branche und strengste Solidarität zugesagt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Postboten, Postillone, Anwärter, Aushelfer, Aushelferinnen und Reinmachefrauen der Post- und Telegraphenverwaltung vom gesamten Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin I. Sonntag, den 14. September, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 4, Sektions-Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1a. Berichterstattung der Verhandlungskommission über den Abschluß der Verhandlung bei der O.-P.-D. über den Tarifvertrag und Lohntarif. 1b. Stellungnahme zu den Neueinstellungen und Massenkündigungen. Diskussion und Beschlußfassung. 2. Stellungnahme und Wahl der Kandidaten zu der Reichskonferenz der Postbediensteten am 20. bis 21. Oktober 1919 im Gewerkschaftshaus Berlin. 3. Verschiedenes.

Montag, den 15. September, abends 5½ Uhr, im „Alexandriner", Alexandrinenstr. 37, Branchenversammlung der Hausdiener, Packer aus dem Buchhandel, den Buchdruckereien, Buchbindereien, Briefumschlag-, Luxuspapierindustriebetrieben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sonntag, den 14. September, vormittags 9 Uhr, Branchen-Versammlung aller in Groß-Berlin beschäftigten Schmiede und Hammerführer in Böters Festsälen, Weberstr. 17. Tagesordnung: 1. Wie stellt sich die Branche zu dem Schiedsspruch in der Metallindustrie? 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Verbandstag. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. — 10 Uhr vormittags: Branchen-Versammlung der Bauanschläger im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 8. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Kündigung unseres Tarifvertrages. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Montag, den 15. September, abends 7 Uhr, Branchenversammlung der Bauklempner in Heinrichs Festsälen, Große Frankfurter Str. 50. Tagesordnung: 1. Neuregelung unserer Lohnverhältnisse. 2. Diskussion.

Werkmeisterverband für das Buchbindergewerbe. Heute Sonnabend: Versammlung, Neue Jakobstr. 24/25. Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Lehrter Bahnhof Nebenwerkstätte und Betrieb. Alle Kollegen, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, werden zu der am Sonntag, den 14. September, vormittags 9 Uhr, im „Artushof", Perleberger Str. 26, stattfindenden Versammlung eingeladen. Tagesordnung: „Die Arbeiterräte in der neuen Wirtschaft". Referent: Genosse Kano.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

STAATL. FACHINGEN

Das rein natürliche Mineralwasser „Staatl. Fachingen" ist wieder, mit alten guten Verschlüssen versehen, sofort lieferbar. Von heilwirkendem Einfluß bei Gicht, Diabetes, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen usw. Brunnenschriften durch das Büro, Berlin W 66, Wilhelmstraße 55.

STAATL. FACHINGEN

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12—2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10—1, 5—8. Sonnt. 10—1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet.

Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 5—7, Sonnt. geschlossen.
Harn- und Blutuntersuchungen.

Raucherstreik!
Ermögl. i. wenig. Tagen d. Rauchen zu lassen. Amtl. begutachtet, verblüffend wirkend, tägl. Dankschr. Ausk. ums.
Institut Engelbrecht
München R. 6, Kapuzinerstr. 9

Kupferdrähte
Metalle
Kabeln und Litzen
für Auslandsbedarf
kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrich-St. 34
Amt Pfalzburg 4539.

Warum stellen Sie keinen Mietsvertrag auf? u. haben deshalb Zank u. Streit mit Ihrem Wirt. — Lassen Sie sich ein Muster kommen nebst entsprechendem Auszug aus dem B. G. B. gegen vorherige Einsendung des Betrages von 1,50 M. Keine Briefmarken.
Arnold, Freiburg i. Schles., Landeshuter Str. 27.

Elektro-Motore
Kupferdrähte und andere elektrische Materialien kauft
Elektromechanik Zentrum
Kurfürstr. 18. Tel.: Nlzr. 4782.

Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Spezial-Arzt Dr. Skotti
Dir.: Löser senior
Harn- u. Blutuntersuchungen. Elektr. u. medic. Bäder.
nur Rosenthaler Str. 69-70, Ecke Linienstraße. 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1.

Das billigste 8879b
Landhaus
p. Nachnahme 1,75 durch Lehmbach, Berlin, Stargarderstr. 29.
Leim, auch kleine Quantum zu kaufen gesucht.
A. Marcuse & Co., Kottbuser Ufer 42/43.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10
Tel.: Lützow 3705 und 8518.

Buchführung
gründliche Unterweisung.
F. Simon, Berlin W 35, Magdeburger Straße 24. Verlangen Sie gratis Probebrief N.

Passende Gelegenheit für Händler!
Ein großer Posten Heinrich Heine-Postkarten, 50000 Stck. spottbillig abzugeb. Aug. Blatt, Altona-E., Bücherstraße 28.

Pachtland,
ca. 30 Morgen, vorzüglicher Acker und Wiese, in Marienfelde ab 1. Oktober zu verpachten. Offerten erbittet
Schwarth, Berlin, 8875b Schützenstr. 6.

Gr. Oblfg., Stube, Kammer, Küche, mafftn. desgl. Parz., viel Bau- u. Brennholz.
Caternberg, Mahlsdorf-Süd. Ifflandstr. 28. 30/10
Straßenbahn b. Bürgerwildchen

Möbel-Engros-Lager
Berliner Tischler- u. Tapeziermstr.
Albert Gleiser Alexanderplatz
Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität:
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Holz- und Stilart zu soliden Preisen.
Reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Auserlesensten. Besichtigung unserer umfangreichen Lager ist äußerst lohnend und erwünscht. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude.

Sie schlafen.

II.

Im Abendblatt des letzten Montag, das den ersten Artikel unter dem obigen Titel brachte, ist versehentlich die Kennzeichnung als des ersten einer kleinen Serie unterblieben. Unsere beschränkten Raumverhältnisse zwingen uns nämlich, die Uebersicht zu teilen. Voraussichtlich in drei Abschnitte.

Wir lassen den zweiten nunmehr folgen:

In Spandau wimmelts von monarchischen Inschriften. Ein „Kaiserliches" Patentamt, eine „Königliche" Eisenbahndirektion, ein „Königliches" Feuerwerks-Laboratorium, wo die monarchischen Raketen steigen; ein „Kaiserliches" Postamt, ein Kgl. Amtsgericht, ein Kgl. Kommandanturgericht, ein „Sennenhof Kaiser Wilhelms II.". Das alles allein in Spandau-West. Von Hohenzollern-, Kaiser- und Königstraßen in allen Städten Deutschlands ganz zu schweigen.

Die Stempel und Siegel sind immer noch Kaiserlich oder Königlich. Wo schon Aenderungen vorgenommen, sind sie ungenügend. Vor uns liegen Siegel des Patentamtes. Die alten hatten die Inschrift „Kaiserliches". Dies Wort ist jetzt weggefallen. Es heißt auf den neuen „Reichspatentamt". Aber dem Mordsvieh, dem Adler in der Mitte, hat man die Kaiserkrone belassen. Man kann nicht wissen. Oder man hat Angst vor der eigenen Kurage gehabt. Das Postamt 2, Charlottenburg, Goethestraße, verwendet nach wie vor Gummistempel mit der Inschrift „Kaiserliches" Postamt. Nicht einmal zu neuen Gummistempeln hats gereicht. Bei diesem Postamt nicht und bei allen anderen im Reich wahrscheinlich auch nicht.

Nur zwei erfreuliche Botschaften können wir aus Groß-Berlin mitteilen. An der alten Urania in der Invalidenstraße sind die Buchstaben „Kgl." durchstrichen und an dem Gebäude der Eisenbahndirektion am Schöneberger Ufer ist die Bezeichnung „Königl." inzwischen verschwunden.

Dagegen gehts im Betriebe der Berliner Polizei noch dumm her. Darüber wird uns geschrieben:

Wir haben hier und in Charlottenburg je einen Sozialdemokraten als Polizeipräsidenten. Sehen Sie sich die ihnen unterstellten uniformierten Beamten an. Alles noch wilhelminischer Krimskrams. An der Mütze das ehemals „Königl. preußische Wappen" mit der unentbehrlichen Krone und dem Adler. Am Rock immer noch die Königl. preußischen Wappenknöpfe. Nun hat die gesamte uniformierte Schutzmannschaft dieser Tage einen neuen Anzug erhalten und auch daran noch die Knöpfe mit dem ehemals Königl. preußischen Wappen. Ebenso gab es Mützen mit dem entsprechenden Wappen. Wenn es sich um ein Auftragen alter Bestände handeln würde, dann könnte man schweigen aus Gründen der Sparsamkeit. Aber hier handelt es sich um Neuanschaffungen, die erst nach Ausrufung der Republik angefertigt wurden. Ja, man hat noch einige Tausend Wappen nachbestellt, für den Bedarfsfall. Und als verschiedentlich Beamte sich weigerten, diese Abzeichen noch weiter zu tragen, da befahl man es ihnen mit dem gewohnten preußischen Schneid. Die monarchisch gesinnten Offiziere und unteren Beamten prunken damit, daß es nicht mehr lange dauern werde, bis alles wieder ist, wie es gewesen. Die Mehrzahl der Polizeioffiziere und auch ein Teil der anderen Beamten hofft auf die Wiederkehr der gekrönten Häupter von Gottes Gnaden mit ihrem Titel- und Ordenskram. Hat es doch eine Dienststelle vor noch ganz kurzer Zeit fertig gebracht, einem Beamten, der sich nicht kirchlich trauen lassen wollte, mit Entlassung zu drohen.

Beamte, die freiheitlich oder sozialistisch gesinnt sind, werden nicht zu Kommandos oder zur Kriminalpolizei genommen. Natürlich sagt man ihnen nicht, daß sie ihrer Gesinnung wegen zurückstehen müssen, sondern man schützt Alter, Krankheit und andere Dinge vor. Bei einem Gespräch zweier Polizeioffiziere, das sich um de Monarchie drehte, sagte der eine: „Für unsere Zwecke sind 50 Proz. der Beamten unbrauchbar."

Diese Zuschrift geht schon über das Gebiet hinaus, das wir uns hier gesteckt haben. Die folgende führt uns aber wieder zurück zu Insignien und Emblemen:

Ich habe Gelegenheit, die Arbeiten in einem Berliner Gürtlergeschäft kennen zu lernen. Da werden Polizeihelme angefertigt, die die Königlichen Insignien tragen wie in der vorrevolutionären Zeit. Provinzkommandos bestellen Gendarmeriehelme mit dem alten Adler, dem Wilhelminischen W. und den früheren Reichsfarben schwarz, weiß, rot auf den Schuppenkettenkokarden. Für die neu eingestellten Berliner Schutzleute des Polizeipräsidiums ist stets laufender Bedarf an Mützenzeichen, die genau so ausgeführt werden wie die alten: „mit Krone und W." Hin und wieder werden auch Offiziershelme nach den alten Vorschriften bestellt.

Wie Gebäude, Helme, Siegel und Knöpfe, so auch manche Menschen. Auf den Straßen Berlins und anderer Städte der deutschen Republik sieht man ehemalige Marineangehörige mit ihren Mützen, auf dem Rand die Initialen „S. M. S.", Seiner Majestät Schiff, leuchten. Dabei ist das Tragen von Mützen mit Kokarden sowie Uniformen mit Abzeichen allen aus dem Heeresdienst sowie aus der Marine Entlassenen verboten.

Wenn das alles in Berlin passiert, braucht die Provinz nicht zurückzubleiben. In Bremen, Lübeck, Heiligenhafen in Holstein, Kreis Guben, Hameln, Pommern, West- und Ostpreußen, wie uns von Parteigenossen aus Deutsch-Eylau gemeldet wird — überall dieselbe Erscheinung. Von der Republik wird äußerlich keine Notiz genommen.

Im ehemaligen Königreich Sachsen geht's ebenso monarchisch her. Sämtliche Briefbogen der Behörde tragen noch die Bezeichnung „Königlich". Mit den „kaiserlichen" Behörden steht's ebenso. Niedlich ist folgender Fall:

„Auf einem Bahnhof in Sachsen pinselte jüngst ein Maler pfeifend an einem Eisenbahnwagen: „Königlich Sächs. Eisenb.-Direktion . . ." Dabei war der Mann organisiert, aber er schlief ebenfalls. In Sachsen steht noch an fast sämtlichen Postanstalten das „Kaiserliche", an fast sämtlichen Behördegebäuden das „Königliche". Dabei haben wir in Sachsen eine rein sozialistische Regierung! Aber . . . ."

Weshalb sollen da die Reichsfleischkarten eine Ausnahme machen? Vor uns liegt ein Abschnitt: Kgr. Preußen. Der Abschnitt ist gültig vom 1. bis 28. September. Nicht 1918, sondern 1919 im Kreise Rastenburg in Ostpreußen. Und dazu prangt dort noch der alte preußische Adler, dies Rabenvieh, mit der Königskrone auf dem Schädel.

Der Münchener Geiselmord vor Gericht.

München, den 12. September 1919.

Die Beweisaufnahme neigt sich ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugenvernehmungen am Sonnabend zu Ende zu kommen. Das Urteil ist am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten.

Die Vernehmung der Zeugin Westermeier, einer etwas ältlichen Artistin, Mitglied eines bayerischen Dorftheaters, bringt in die Verhandlungen ein heiteres Intermezzo. Der unverfälschte Dialekt der Zeugin und ihre zuweilen naiivetische Voreingenommenheit für Seidl, zu dem sie ein Verhältnis gehabt haben soll — ein Vorwurf, den sie mit großer Würde zurückzuweisen sich verpflichtet fühlt —, löst im Zuschauerraum Heiterkeitsausbrüche aus. Zu dem Verhör selbst bringt sie nichts wesentlich Neues. Die Zeugin bleibt unvereidigt und entfernt sich mit der kategorischen Forderung: „Jetzt will i mei Zeugengeld ham!"

Zeuge Burgmann bekundet, daß ihm der Angeklagte Hanne nach der Erschießung erzählt habe, wie tapfer sich der Baron Teukert benommen habe. Er habe ihm die Augen verbinden wollen, aber da habe der Baron gesagt: „Lassen Sie das. Ich bin Soldat und sterbe als Soldat." Dabei habe er die Uniform aufgerissen und den Soldaten seine Brust zugewendet. Der Zeuge hat den Hanne gefragt, ob er denn bei den Erschießungen dabei war, worauf Hanne erklärt habe:

„Ja, ich war dabei."

Auf die Frage, ob er mehrere Schüsse abgegeben habe, habe Hanne erwidert:

„Ein paar habe ich auch getroffen.

Genau kann ich es aber nicht sagen." Vors.: Hat er nicht noch etwas hinzugefügt? Zeuge: Ja, er sagte: „Aber dann ist mir zittrig geworden. Ich konnte es nicht mehr machen, die unschuldigen Geiseln weiter zu erschießen." Er sei dann durch einen anderen Posten abgelöst worden. Vors.: In der Voruntersuchung haben Sie angegeben, Hanne sei Ihnen als Aufschneider bekannt. Zeuge: Ja, und deshalb wollte ich auch meine Aussage anfänglich verweigern. Vorsitzender zum Angeklagten Hanne: Also, wie ist es mit Ihnen? Haben Sie aufgeschnitten? Haben Sie vielleicht einen Rausch gehabt? Angeklagter: Ich bin schon in der Kantine gewesen und habe einen Halben getrunken. Vorsitzender: Davon kriegt man aber keinen Rausch. Angekl.: Ich hab schon „Sprüche gemacht". Vors.: Aber bei solchen „Sprüchen" geht es doch um Kopf und Kragen. Da müssen Sie halt in Zukunft ein bißchen vorsichtiger sein.

Hauptlehrer Karl kennt den Angeklagten seit seiner Schulzeit und stellt ihm ein gutes Zeugnis aus. Nach der Geiselerschießung traf er den Rittmeyer auf der Straße und, nachdem ihm der Angeklagte erzählte, daß er dabei war, habe er ihn gefragt, ob Rittmeyer auch mitgeschossen habe. Der Angeklagte habe das bejaht. Auf die Frage des Zeugen: „Wie kamen Sie dazu, wie konnten Sie nur so etwas tun?" habe Rittmeyer erwidert:

„Ich habe nur einen Befehl vollzogen."

Auf die Frage des Zeugen: „Wer gab Ihnen den Befehl?", habe der Angeklagte erwidert: „Seidl hat den Befehl gegeben." Rittmeyer habe dann erzählt, daß sie die Leichen hätten eingraben müssen. Es war keine Schaufel aufzutreiben und so warf man die Leichen auf einen Haufen und ließ sie liegen. Vorsitzender: Sie wissen also nichts Ungünstiges über den Angeklagten auszusagen? Zeuge: Nein! Vors.: Haben damals seine Aussagen den Eindruck der Glaubwürdigkeit auf Sie gemacht? Zeuge: Ja. Uebrigens hat Rittmeyer auch erklärt, er habe renommiert. Vors.: Wie kann man mit solchen Sachen denn renommieren, Angeklagter, Sie haben bereits auch am 8. Juli bei einer Verhandlung vor dem Stadtgericht in den Bart gemurmelt: „Ja, ja, das alles, weil man ein paar Schüsse abgegeben hat." Außerdem haben Sie dort auch zugegeben, an den Erschießungen beteiligt gewesen zu sein. Angekl. Rittmeyer: Es hieß damals, ein Matrose habe mitgeschossen und ich sei als einziger Matrose im Gymnasium anwesend gewesen. Es war aber noch einer da, ein Heizer. Den hat man leider nicht gefaßt!

Der nächste Zeuge, Schütze Schirmer, war früher bei der Republikanischen Soldatenwehr zusammen mit dem Angeklagten Fehner und bestätigt, daß dieser dort wegen seiner Vorstrafen wegen Zuhälterei usw. entlassen wurde. Am Mordtage zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags traf der Zeuge den Angeklagten Fehner vor dem Luitpold-Gymnasium. Er stand dort anscheinend Posten und erzählte dem Zeugen, daß soeben 10 Geiseln erschossen worden seien. Dem Prinzen Thurn und Taxis habe er eine hingelangt,

daß die ganze Schädeldecke fortgeflogen sei.

Der Zeuge hat dazu mit dem Kopf geschüttelt und ist weiter gegangen. Vors.: Haben Sie es denn geglaubt? Zeuge: Ja. Angekl. Fehner: Es ist möglich, daß ich so etwas erzählt habe. Ich habe mir aber nichts dabei gedacht. Vors.: Das ist ja immer der Fall, daß Sie sich eines Verbrechens beschuldigt haben, das das Strafgesetzbuch mit Mord bezeichnet. Dazu kommen die beiden Zeugen, die uns bereits bestätigt haben, daß Sie mitgeschossen haben. Angeklagter: Ich habe ja gar kein Gewehr gehabt. Vorsitzender zum Zeugen Schirmer: Als Sie den Angeklagten vor dem Gymnasium trafen, hatte er da ein Gewehr? Zeuge: So genau kann ich das nicht sagen. Vors.: Er wird auf Posten keinen Spazierstock getragen haben. Vors. zum Angeklagten Fehner gewendet: Bei Ihnen ist übrigens nach Ihrer Verhaftung eine Haussuchung abgehalten worden. Dabei hat man eine Taschenlaterne gefunden. Angekl.: Die habe ich auch gebraucht, das kann ich beeiden. Ich habe reell 2 M. dafür bezahlt. Vors.: Es wird leider behauptet, die Taschenlaterne sei von Baron Teukert gewesen. Sie sollen sie ihm kurz vor seiner Erschießung abgenommen haben. Angekl.: Ich bin ja gar

Erleuchtung.

65] Roman von Henri Barbusse.

Verdeutscht von Max Hochdorf.

Ich lasse mich von einem der Luftschiffe emportragen, deren dichtgeballter Schwarm das Tageslicht verdunkelt. Sie sind wie die Pfeilwolken in dem Kindermärchen, und sie wölben ein ganzes Menschenheer über die Erde. Dieses Geschwader kann in einem Augenblicke eine Million Menschen und alles, was dazu gehört, irgendwo landen. Erst seit wenigen Jahren ist uns das Schwingen der Luftschiffe bekannt. Aber jetzt decken ihre Stimmen alle anderen Stimmen zu. Das Luftschiff ist nur in bescheidenen Massen vervollkommnet worden. Und doch reicht es schon hin, damit alle von den Verrückten der früheren Geschlechter geforderten Sicherheiten des Landkrieges wie ein Scherzspiel erscheinen. Ich werde emporgetragen von dem furchtbaren Gewicht des Motors, dessen Kraft die eigene Schwere tausendmal übertrifft. Das Luftschiff tanzt im Raume, und es erfüllt mir die Adern mit seinem Gelärme. Kleiner werden die Erdschollen, auf denen die Kanonen, die sonst aufrecht und mächtig dastehen, wie hingestreute Rädlein herumliegen. Ich schieße bis zur Höhe von 2000 Meter empor. Ein Luftstoß trägt mich in einen Wolkenschacht. Plötzlich falle ich wie ein Stein um 1000 Meter niedriger. Ein wütend kalter Luftstrom sitzt mir an der Kehle wie eine Messerklinge. Ein unerlöster Schrei prallt in mir auf, der sich noch in mein Inneres hineinbohrt. Ich sehe das Aufglühen der Brände und das Entladen der Pulverminen und die aufsteigenden Rauchmähnen, die in langen, dunklen Zickzacklinien zerspringen. So mächtig ist diese Rauchmähne, als wenn sie das Haargeflecht des Kriegsgottes selber wäre. Ich sehe die schießenden Kreise, in denen die stachlichte Mannigfaltigkeit sich wieder und wiederum erneuert. Die Unterstände, die von gleitenden Stühlen durchlauft werden, senken sich schräge und wohlgeordnet nebeneinanderdahertaufend in die Schluchten hinab. Ich sehe eine entsetzliche Nacht. Und der Feind überflutet das alles mit einem unerschöpflichen Strom brennender Säuren. Ich sehe diesen schwarzen Felsenschlund, der bis zum Rande von dem Lavastrom erfüllt wird. Er flutet auf, und der schreckliche Erdendämmerschein durchdringt strahlend alles Nachtdunkel. Das Erdreich, dessen Kern selber flammt, scheint am Rande dieser Schlucht durchsichtig geworden zu sein. Lebende Dunstgestalten stehen auf irgendeiner Zehre, die über diesen Feuersee schwimmt, und sie verrenken ihre Leiber wie Engel der Verdammnis. Die anderen Menschen sind zur Höhe entflohen. Sie sammeln sich haufenweise auf den sandigen Höhen über diesem Schmutz- und Tränentale. Weit sichtbar sind diese Finsternisse, die durcheinander schwirren. Die Düsterkeit ist zusammengeballt über dem Schlund dieser langgestreckten gepanzerten Abgründe, die in dem Geknattere und Gewoge wie Meeresschiffe auf- und niedertanzen.

Alle Wissenschaft des Giftes brennt in den Wolken ein riesiges Feuerwerk ab. Alle Wissenschaft des Giftes breitet über die Wolken vergiftete Schwaden, die sich ebensoweit hinbreiten wie die großen Städte. Dagegen gibt es keine Mauer und kein Vergraben und keine Verpanzerung. Dortenhin gelangt der Mord ebenso sicher wie der mordende Tod selber. Die Erfindungskraft der Menschen vervielfältigt noch ihr Märchenspiel. Die Elektrizität entlädt ihren Blitz und ihren Donner und ihre geheime Wunderkraft, die ihre Macht gleich einem Geschoß ins Weltenall hinaussendet.

Wer weiß, ob diese ungewöhnliche Macht der Elektrizität nicht ganz allein das Aussehen des Krieges ändern wird. Das Wellenbündel der Elektrizität ist in einem einzigen Punkt eingesperrt. Aber die Kreise, die keinen Widerstand dulden, wandern in das Unendliche hinaus, und sie entzünden und zerstören alles, was mit sprühender Kraft geladen ist. Elektrizität reißt den Erdboden aus seinen eigenen Angeln. Sie verkohlt den Menschen und verstopft mit diesen Massen, die nichts anderes als unfruchtbare Kohle geworden sind, die unterirdischen Schlünde. Elektrizität weckt vielleicht sogar das schlafende Beben der Erde auf. Sie trägt das Feuer des innersten Erdgrundes fort, als wenn nur ein leichtes Steinchen fortzutragen wäre! Die Menschen, die heute mit mir leben, werden das noch sehen. Aber diese Zukunft, die ich da erschaue, ist schon so nahe gerückt. Sie ist nur eine armselige Aufbauschung dessen, was durch meine Gedanken wettert. Die Gewißheit dessen ist erschreckend, daß die Wissenschaft erst seit so kurzer Zeit emsig zum Menschennutzen arbeitet. Gibt es denn hienieden etwas, das märchenhaft leichter zu bewältigen wäre als die Zerstörung? Wer kennt die neuen Mittel, die uns die Zerstörung noch aufbewahrt? Wer weiß, bis zu welchem Grade die Kunst des Vergiftens noch vervollkommnet werden kann? Wer weiß, ob man nicht die völkervernichtenden Krankheiten ebenso wird ausstreuen können wie die blühenden Heeresmassen? Wer weiß endlich, ob die Seuchen nicht unbesiegbar und schmählich gewissenhaft aus dem Heere der Toten emporsteigen werden? Wer weiß, durch welches Mittel man diesen Krieg der Vergessenheit ausliefern wird, der täglich nur zwanzigtausend Menschen zu Boden geschleudert hat? Hat man nicht bisher Geschütze erfunden, die 120 Kilometer weit tragen und Lufttorpedos, die eine Tonne Eisen enthalten? Legen die Luftschiffe nicht 250 Kilometer in der Stunde zurück? Hat man nicht die Tanks und die Unterseeboote erfunden, die den Atlantischen Ozean durchschneiden? Und haben nicht die Ausgaben für alles das in jedem Lande noch keineswegs die Summe der Einzelvermögen erreicht?

Ich erblicke alle diese Umwälzungen nur oberflächlich. Ich kann sie kaum in Ziffern ausdrücken. Aber sie werden mächtiger sein als das Leben selber. Das verbitterte und wütende Hinschlachten der Soldatenmassen durch die Menschen wird ein Ende nehmen. Wir selber können der Ziffer nicht mehr Herr werden. Aber das Verhängnis der Dinge wird die Rechnung lösen. Eines Tages werden die Männer sterben und die Frauen auch und die Kinder mit ihnen. Verschwinden werden auch die Männer, die noch den schändlichen Tod der Soldaten überdauern. Sie werden verschwinden, gleich wie der ungeheure schwankende Grundbau des Krieges, den sie selber untergraben haben. Sie ziehen nur aus dem Gegenwärtigen Nutzen. Sie glauben, das Gegenwärtige wird ebenso lange dauern wie ihr eigenes Dasein, und sie sagen: „Mag doch die Sintflut nach uns kommen!" Eines Tages wird der ganze Krieg aufhören, denn es werden keine Kämpfer mehr vorhanden sein, um den Krieg zu führen.

Wer da sagt: „Es wird immer Kriege geben!", der weiß nicht, was er sagt. Ein solcher ist nur angenagt durch das gemeinsame Menschengeschlecht der Kurzsichtigkeit. Er glaubt sich im Besitze aller Klugheit und Einsicht, und er glaubt sich ebenso im Besitze aller Ehrenhaftigkeit. In Wirklichkeit prunkt er mit der grobschlächtigen Beschränktheit der Mordgesellen selber.

Das Ringen der unförmigen Urelemente wird von neuem auf der ausgebrannten Erde beginnen. Die Menschen, die noch auf der Erde vorhanden waren, haben sich gegenseitig getötet, weil das Morden zu ihrem Sklavenhandwerke gehörte. Sie haben sich gemordet, weil sie alle die gleichen Dinge glaubten, und weil sie alle einander vollkommen gleich waren.

Ich schreie auf in Verzweiflung. Da ich mich herumwälze, bedünkt es mich, ich ersticke in einem Kopfkissen.

(Forts. folgt.)

nicht zu den Geiseln hingekommen. Vors.: Nein, Sie sollen ihm vorher auf der Treppe begegnet sein. Angekl.: Ausgeschlossen! Vors.: Sie sollen sie ihm abgenommen und dazu gesagt haben: „Die kann ich auch gebrauchen!" Angekl.: Ich tät mich schämen. Ich habe nie gestohlen. Der Angeklagte Kick mischt sich ein: „Ich muß behaupten, daß

Fehner dem Baron die Taschenlampe abgenommen

hat. Ich müßte mich auch sehr täuschen, wenn er nicht derselbe gewesen ist, der später den Professor Berger vorwärtsgestoßen und dem Erschossenen noch den Fangschuß gegeben hat." Der Angeklagte Fehner stellt alles entrüstet in Abrede und bittet, seine Braut zu vernehmen.

Der Gärtner Reisach bezeichnet den Angeklagten Schmittele als denjenigen, der ihm in einem Automatenrestaurant ganz ausführlich von den Geiselerschießungen erzählt habe. Der Zeuge Schauspieler Nessel Maorion aus Augsburg war am 29. April in München. Er sah dort Schmittele und hörte, wie der Angeklagte dem letzteren von der Ermordung der Geiseln erzählte. Schmittele gab damals auch an, daß er den Prinzen Thurn und Taxis verhaftet und daß dieser ihn gebeten habe, ihn doch 10 Schritte voran gehen zu lassen, damit es nicht so auffalle. Er, Schmittele, habe ihm darauf erklärt:

Das könnte Dir so passen, jetzt sag mir die Herren. Jetzt wirst Du erst mit blauen Bohnen gefüttert!

Weiter habe Schmittele geschildert, wie sich die Geiseln benommen hätten, insbesondere die Gräfin Westarp. Er trug eine rote Armbinde und ein geladenes Gewehr. Daß er auch geschossen habe, davon hat Schmittele nichts gesagt. Der Angeklagte Schmittele erklärt dazu, auch er habe nur renommiert, denn er sei zu der Verhaftung des Prinzen gar nicht zugezogen worden. Vors.: Wie kommen Sie dann zu solchen Sprüchen? Angekl.: Ich rede sehr viel. Den Prinzen habe ich erst in der Kanzlei gesehen. Der Nachtportier des Hotels „Großer Rosengarten" Rückl bestätigt die Unterhaltung und teilt noch mit, daß ihm Schmittele die Mitgliedskarte der K. P. D. vorgezeigt habe.

Groß-Berlin

Luxuszüge.

Kohlennot in ganz Europa. Verkehrseinschränkungen überall, Riesensorgen wohin man blickt. Aber da kommt vom Westen her ein freundlicher Lichtblick. Luxuszüge Paris—Prag—Wien—Konstantinopel und Paris—Warschau werden eingeführt und Knecht Deutschland wird die Ehre haben, sie auf seinem breiten Rücken hin und her kutschieren zu lassen. Wenn wir im kommenden Winter tage- und nächtelang im ungeheizten Bummelzug stehen werden, dann werden wir vielleicht noch den tröstenden Anblick der vorbeirasenden Salon-, Speise- und Schlafwagen der Sieger haben. Denn natürlich werden nur die Offiziere und Diplomaten der Entente drinsitzen und nicht etwa auch — wie im Ententezug Wien—Schweiz — allerhand attachierte Kriegsgewinner mit ihren Putzweibchen und ihrem ganzen Vermögen, der, unerreichbar jedem spähenden Finanzerauge, unkonfisziert mit ihnen ins steuermilde Ausland flüchtet. Jedenfalls ein Sinnbild unserer Lage: Der siegreiche West-Imperialismus rast im Luxuszug durch das stöhnend niedergebrochene Land der deutschen Arbeit. -n.

Die Kohlenverteilung in Groß-Berlin.

Man schreibt uns:

Der „Vorwärts" brachte kürzlich einen Artikel, der die ungerechte Verteilung der Hausbrandkohle kritisierte und die Gemeindevertreter bat, Stellung gegen diese von der Kohlenstelle Groß-Berlin geplante Verteilungsart zu nehmen. Die Kohlenstelle Groß-Berlin versandte dann eine Beruhigungsnotiz, die zeigen sollte, daß bei der neuesten Verteilungsart die Minderbemittelten nicht schlecht weggekommen. Sehen wir uns nun einmal die neueste Zuteilung, bei der die Kochkarte wegfällt, näher an. Wir wollen eine Familie von 3—6 Personen zugrunde legen und hier sie nach der Räumezahl nebeneinander stellen, wieviel Kohlen bisher zugewiesen wurden, wieviel die neue Zuteilung vorsieht und wieviel etwa vorzuschlagen wäre.

	Bisher:	Neue Zuteilung:	Vorschlag:
1 Raum	21 Zentner	15 Zentner	24 Zentner
2 Räume	26 „	20 „	31 „
3 „	36 „	30 „	34 „
4 „	46 „	40 „	36 „
5 „	56 „	50 „	36 „
6 „	66 „	60 „	36 „
mehr „	76 „	60 „	36 „

„Das soziale Verständnis der Kohlenstelle", fährt die Zuschrift fort, „geht so weit, daß diese den Kleinwohnungsinhabern ebensoviel Kohle kürzte wie den Inhabern von großen Wohnungen (siehe 6 Zimmer). Auch diese neue Zuteilung kann uns in keiner Form genügen. Die Notiz der Kohlenstelle sagt: „Eine Beheizung von mehr als 2 oder 3 Zimmern dürfte mit den rationierten Kohlen heute nirgends möglich sein." Man denke: 60 Zentner, um (mit der Kohlenstelle zu reden) 2 oder 3 Zimmer zu heizen! Und was machen die Familien, die für 2 Zimmer nur 20 Zentner erhalten? Die können eben sehen, wo sie was herbekommen, und wie sie mit dem Heizmaterial auskommen. Die Hauptsache ist, daß für die Großen das Heizmaterial sicher gestellt wird, was allem Anschein nach die Kohlenstelle als ihre Hauptaufgabe ansieht. Der Hinweis auf Koks berührt eigentümlich. Wir kennen die Polonaisen an der Gasanstalt und den Kohlengeschäften, und wünschen nicht, daß sie zur dauernden Notwendigkeit werden, zumal diese nur der arme Teufel mit dem Wägelchen mitmachen muß. Also nochmals: Gemeindevertreter, erhebt eure Stimme gegen diese ungerechte Zuteilung und duldet nicht, daß die Kleinen stets die Leidtragenden sind! Wenn wir im Winter frieren müssen, dann wollen wir alle etwas Kälte mitertragen. Zu wünschen ist, daß auch die größeren Orte Stellung zu dieser dringlich wichtigen Angelegenheit nehmen."

Die Neuköllner Schiebungen.

Die Meierei J. Schmidt Söhne schreibt uns:

„Von Schiebungen des Magistrats durch den Stadtsekretär Boigs an die Firma Schmidt Söhne kann überhaupt keine Rede sein, sondern die Sachlage ist folgende: Die Firma Schmidt Söhne und mit ihr noch eine Anzahl anderer Vertreter-Firmen hatten vom Magistrat Neukölln den Auftrag, Waren, die bei längerer Lagerung dem Verderben ausgesetzt waren oder zum Teil bei der Neuköllner Bevölkerung überhaupt keinen Absatz fanden, anderen Kommunalverbänden anzubieten. Ein solches Angebot ging von unserem Vertreter Beyer an eine Firma nach Stettin, und zwar hatte Beyer unberechtigterweise und auf eigene Faust die Anzahl und Menge um ein Vielfaches erhöht, während es sich bei dem Originalangebot der Stadt Neukölln in der Hauptsache um das Abstoßen von 10 Waggons Möhrenmehl handelte. Da Möhrenmehl allein überhaupt nicht zu verkaufen war, so geschah dieses Angebot in Verbindung mit einigen Waggons Kartoffelwalzmehl, Kartoffelstärkemehl, Maismehl usw.; auch Roggenmehl sollte ein Quantum von fünfhundert bis tausend Zentnern mitgeliefert werden bei Abnahme der zehn Waggons Möhrenmehl und zwar handelte es sich um ukrainisches Roggenmehl.

Wir möchten ausdrücklich hervorheben, daß wir bei dem in Frage stehenden Angebot nur ein einziges Geschäft im Auftrage des Magistrats tätigten und zwar vermittelten wir einzig und allein den Verkauf von tausend Dosen Gulasch an eine hiesige Reichsstelle."

Der Neuköllner Magistrat hat beschlossen, gegen den Referenten in der Neuköllner Arbeiterratssitzung vom Donnerstagabend Strafantrag wegen Beleidigung zustellen, um in dem einzuleitenden Strafverfahren vor aller Oeffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, daß die gegen den Magistrat und seine Mitglieder erhobenen Beschuldigungen unzutreffend sind. Wenn das Lebensmittelbeschaffungsamt bei dem Verkauf von Waren auch gezwungen war, Waren im Verbande abzugeben, so war dies durch die Umstände begründet und ist hieraus niemals ein Geheimnis gemacht worden. Die Bevölkerung hat hierdurch auch keinen Schaden erlitten. Alle derartigen Geschäfte sind ordnungsmäßig und nach kaufmännischen Grundsätzen zur Durchführung gebracht worden. Die dem Stadtrat Mier in den Mund gelegte Erklärung, daß in der Stadtverwaltung tatsächlich viel verschoben würde, und daß er versucht habe, zuzugreifen, aber daran gehindert worden sei, ist unwahr.

Oeffentliche Sicherheit und Einschränkung der Straßenbeleuchtung. Vor Vertretern der Presse besprach Regierungsrat Gaebel im Auftrage des Polizeipräsidenten heute vormittag die Frage, ob die Einschränkung der Straßenbeleuchtung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeutet. Der Regierungsrat hält eine derartige Gefahr zurzeit nicht für vorliegend, da die Polizei wegen der mangelhaften Straßenbeleuchtung einen erhöhten Sicherheitsdienst organisiert habe, der ausgeführt werde von der Kriminalpolizei und der Sicherheitswehr mit Unterstützung der bisherigen Schutzmannschaft. Sollte die Straßenbeleuchtung noch weiter eingeschränkt werden, dann würde natürlich der beste Sicherheitsdienst versagen, denn in der Dunkelheit könnten zwanzig Augen nicht mehr sehen als zwei Augen. Eine weitere Einschränkung der Straßenbeleuchtung würde also die öffentliche Sicherheit gefährden. Der Polizeipräsident sei deshalb bestrebt, den Reichskohlenkommissar nach Möglichkeit zu einer bevorzugten Kohlenbelieferung Berlins zu veranlassen. Hoffentlich würden diese Bemühungen Erfolg haben.

Der Kampf um die Zwangswirtschaft.

Die Inhaber von Berliner Ladengeschäften beabsichtigen, um ihrer Forderung auf Aufhebung der Zwangswirtschaft Nachdruck zu verleihen, am 17. d. Mts. zu demonstrieren, und von 10 bis 4 Uhr die Läden zu schließen.

Wir fordern die Berliner Bevölkerung auf, solche Inhaber von Ladengeschäften, die am genannten Tage ihre Läden schließen, zu boykottieren; im Interesse der Aufrechterhaltung der ordnungsgemäßen Belieferung mit Lebensmitteln ist die gebundene Wirtschaft unbedingt notwendig.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte beim Magistrat Berlin.

Schafft billiges Brennholz.

Von amtlicher Stelle wird uns geschrieben: Um eine warme Stube zu haben, braucht man nicht unbedingt Kohlen, es geht auch mit Holz. Die Gemeindeverwaltungen müssen nur dafür sorgen, daß sofort in ausreichendem Maße Holz aus den Wäldern der näheren Umgebung herangeschafft und der Bevölkerung zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Die Forstverwaltung hat beschlossen, daß ein Drittel mehr Holz als in normalen Jahren geschlagen werden soll. Das ist zu wenig. Die Wälder bergen viel krankes Holz, dazu Abertausende von Wurzelstöcken, die jetzt einen mächtigen und wertvollen Holzvorrat bilden. Berlin hat genügend Brennholz. Es handelt sich nur darum, das Holz hereinzubekommen. Arbeitskräfte sind da in Hülle und Fülle. Man denke an die vielen Arbeitslosen, zu denen sich die Ueberschüssigen der Reichswehr hinzugesellen werden. Zum Transport stehen Lastautos und Gespanne zur Verfügung.

Die Parteigenossen in den städtischen Kollegien sollten dafür sorgen, daß sofort gehandelt wird. Nur so kann auch den Holzwucherern das unsaubere Handwerk gelegt werden. Schon spekulieren die Herren auf die Nervosität, auf die bureaukratische Umständlichkeit und noch so allerlei andere für sie günstige Umstände. Ein uns vorliegendes Preisangebot verlangt für den Kubikmeter Kiefernholz ofenfertig 87 M. und für den Kubikmeter Buchenholz ofenfertig 97 M.! Um zum Kauf zu ermuntern, zitiert die betriebsame Firma den Ausspruch eines Ministers, daß die Kohlennot „alles bisher Erlebte übertreffen werde".

Es ist Zeit, höchste Zeit, daß ans Werk gegangen wird. Ist erst der Winter da, dann ist's zu spät. Das mögen die Behörden und unsere Parteigenossen in ihnen bedenken. Wir wiederholen: Berlin hat genügend Holz. Man schaffe es schleunigst herein!

Dem „Vorwärts" wird geschrieben: Die neue Kohlensparverordnung wurde nicht mit Unrecht als allzurasch am grünen Tisch fabriziert bezeichnet. Den Personenfahrstuhl gänzlich einzustellen, ist einfach ein Unsinn! Es muß doch auch den Amtspersonen bekannt sein, daß in den oberen Stockwerken auch viele alte, gebrechliche Menschen wohnen, Leidende, Krüppel, Kriegsinvaliden, denen es allen physisch unmöglich ist, vier Treppen zu steigen. Die alle werden mit der Verordnung einfach verurteilt, bis auf weiteres ihr Zimmer zu hüten. Daß die Verordnung zu unzähligen Mietzinsstreitigkeiten führen wird, ist selbstverständlich. Bleibt die Verordnung aufrecht, so wird sie einfach umgangen werden müssen.

Zur Schießerei in Pichelsberg am vorigen Sonntag teilt uns ein dabei zugegen gewesener Sanitäter mit, daß ohne vorherige Warnung scharf geschossen worden sei. Ein anderer Augenzeuge berichtet, daß in dem Zug, der unter der Leitung der darin verteilten Erwachsenen zu stehen schien, Schilder mit „Hoch die III. Internationale!" getragen und von ihm unausgesetzt entsprechende Rufe und Nieder-Rufe auf Noske und Ebert ausgebracht wurden. Es war also ein Demonstrationszug. Dies zur Steuer der Wahrheit. Die Beschießung ist damit natürlich nicht entschuldigt.

Und die Hilfskräfte? Dem „Vorwärts" wird geschrieben: Die Hilfskanzleidiener bei den Reichsbehörden beklagen sich darüber, daß sie bei den jetzt auszuzahlenden Teuerungszulagen wahrscheinlich wieder leer ausgehen werden. Ganz der alte Zopf wie bei der früheren Regierung. Erhalten doch die weiblichen Hilfskräfte die Hälfte der Beträge und wenn deren Vater, was häufig der Fall ist, Beamter ist, bekommt er es auch noch, also doppelt. Glaubt die Regierung wirklich, daß die Hilfskanzleidiener nicht auch die hohen Lebensmittelpreise zahlen und sich für den kommenden Winter mit Kohlen und Holz eindecken müssen?

Die Klagen der Hilfskanzleidiener sind nur allzu berechtigt. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. War es notwendig, den Beamten Teuerungszuschüsse zu bewilligen, so ist es noch notwendiger, dies für die Hilfskräfte zu tun. Gerade hier muß der Staat zeigen, daß er sich im rechten Augenblick von der alten Rückständigkeit der Klassengerechtigkeit freizumachen weiß.

Ferner erhalten wir folgende Zuschrift: Mein Sohn ist im Alter von 17 Jahren bei der Post als jugendlicher Telegrammbesteller beschäftigt und hat ein Monatsgehalt von etwa 180 M. mit Teuerungszulage. Er muß sich davon vorschriftsmäßig kleiden, beköstigen und Steuern zahlen. Diese Jugendlichen haben sich wiederholt an die Oberpostdirektion, an den Verband der unteren Postbeamten und an den Deutschen Transportarbeiterverband gewandt um Erhöhung ihrer Teuerungszulage oder um Gehaltserhöhung, doch bisher ohne Erfolg.

Ausbildung von Hortleiterinnen. Der Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene (schwachsinnige) Kinder E. V. veranstaltet mit Unterstützung des städtischen Jugendamtes vom 10. bis 15. November d. Js., täglich von 2—6, in der IX. Hilfsschule, Dunckerstr. 64, einen Ausbildungskursus für Hortleiterinnen an Hilfsschul- und Sammelklassenhorten. Teilnahme unentgeltlich; Vorbedingung sind bestandenes Kindergärtnerinnen- oder Hortnerinnenexamen. Ueber erfolgten Besuch wird am Schluß Bescheinigung ausgestellt. Meldungen an den 2. Vorsitzenden, Herrn Stadt- und Kreisschulinspektor Fuchs, Berlin NO 18, Bardelebenstr. 6, bis 1. November d. Js. spätestens zu richten.

Auskunftsstelle der Kriegshinterbliebenenfürsorge. Poststr. 5 III, Sprechstunden vom 29. September bis 6. Oktober 1919 fallen aus. Ab 15. d. Mts. werktäglich 9—12, Mittwochs 5—7.

Führungen in der Städtischen Kunstausstellung. In der Kunstausstellung der Stadt Berlin, Litauer Str. 18, Sonntags, vormittags 10 Uhr, Dienstags und Freitags, abends um 7 Uhr: Vorträge und Führungen. Eintritt unentgeltlich. Beginn morgen.

Feuerbestattung. Im Friedhofsbureau, Rathaus, Zimmer 104, besteht eine amtliche Stelle zur unentgeltlichen Aufbewahrung letztwilliger Anordnungen der Feuerbestattung. Der Testator erhält einen Hinterlegungsschein, gegen dessen Rückgabe ihm die Urkunde wieder ausgehändigt wird. Im Todesfalle erhält der Inhaber des Hinterlegungsscheines nach Vorlegung der Sterbeurkunde die Erklärung zur weiteren Veranlassung oder auf Wunsch direkt das zuständige Polizeibureau.

Filmvorträge in der Treptow-Sternwarte. Sonnabend 5 Uhr: „Mit Ozeandampfer von Bremen nach New York". Sonntag 3 Uhr: „An den Ufern des Rheins", 5 Uhr: „Europäische und exotische Jagden", 7 Uhr: „Christoph Kolumbus". Dienstag 7 Uhr: „Unser Wissen von den Sternenwolken" (Vortrag mit Lichtbildern von Dir. Dr. Archenhold). Mit dem großen Fernrohr wird am Abend der Mond, die Wega, der Ringnebel in der Leyer und Doppelsterne gezeigt.

Olympia-Radrennbahn. Morgen Sonntag Stunden-Mannschaftsfahren.

Schöneberg. Der Arbeiter-Turnverein veranstaltet am heutigen Sonnabend im „Wilhelmshof", Ebersstraße, einen Unterhaltungsabend, wozu alle Förderer der Arbeiter-Turnbewegung eingeladen werden. Kassenöffnung abends 7 Uhr.

Achtung! Terminbeamte bzw. Terminrecherchеure (Terminjäger) der Berliner Metallindustrie! Montag, den 15. d., abends 7 Uhr, Restaurant Kramer, Spenerstr. 18, Zusammenkunft: über Tarif und Gruppenzugehörigkeit. Erscheinen aller Kollegen unbedingt erforderlich!

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis Dienstag in den Bezirken der 129., 168. und 190. Brotkommission 125 Gramm Käse. — Die Schlächter berechnen vielfach für 200 Gramm Corned Beef einen abgerundeten Preis von 1,80 M. Das ist unzulässig. Da der Verkaufspreis für ein Pfund lose auf 4,45 M. festgesetzt ist, dürfen für 200 Gramm nur 1,78 M. genommen werden.

Reinickendorf. 300 Gramm Graupen, 250 Gramm Brotaufstrich (Marmelade oder Kunsthonig). Abschnitte bis 15. September bei den Händlern und in den amtlichen Verkaufsstellen abgeben! Ausgabe an die Händler am 23. September. Brotaufstrich nach Eingang. — 500 Gramm Maisfabrikate. Abschnitte bis 16. September bei den Händlern und in den amtlichen Verkaufsstellen abgeben.

Hennigsdorf. Montag, 15. September, bei Krause und Krenz fünf Pfund Kartoffeln auf Lebensmittelkarte 3 A.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung! Pr e funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der S. P. D.

Die von der Partei ausgegebenen roten Legitimationskarten sind ungültig. Die neuen grünen Legitimationskarten werden nur noch durch die Abteilungsleiter bezw. Ortsvereinsvorstände ausgegeben. Die Abteilungsleiter sind verpflichtet, jedem Genossen, der sich bei ihnen als Betriebsvertrauensmann meldet, eine Legitimationskarte auszustellen und die Adresse des Betreffenden unter Nennung des Betriebes dem Sekretariat zur Kontrolle einzusenden. Andererseits teilt das Sekretariat den Abteilungsleitern die Adressen der Parteigenossen mit, die sich auf dem Sekretariat als Betriebsvertrauensmann melden, um festzustellen, ob die Betreffenden in der zuständigen Abteilung als Parteimitglieder bekannt sind. Die Ausgabe der grünen Legitimationskarten muß schnellstens erfolgen, da ohne dieselben zu den Funktionärkonferenzen kein Zutritt gewährt wird.

Der Bezirksverband Groß-Berlin.

•

Montag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr: Allgemeine Funktionärversammlung in dem Zentral-Festsaal, Alte Jakobstr. 32. Tagesordnung: „Die Kohlenfrage". Referenten: Steiger Georg Werner, Essen und Stadtv. Adolf Ritter. Ohne Mitgliedsbuch der S. P. D. und die grüne Legitimationskarte kein Zutritt.

Charlottenburg. 8. Gruppe. Morgen Sonntag: Familienausflug nach Rehbrücke, Restaurant Brücke. Treffpunkt 8½ Uhr Bahnhof Charlottenburg, Abfahrt 8.45 Bahnhof Charlottenburg.

Lichtenberg. Achtung Funktionäre! Die neuen Legitimationskarten werden Montag, abends von 7 Uhr ab, bei Stöber, Jungstr. 29, ausgegeben. Mitgliedsbuch mitbringen. — Mittwoch, 7½ Uhr, in der Aula, Marktstr. 10/11: Oeffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: „Das Betriebsrätegesetz".

Rosenthal-Nordend. Morgen Sonntag: Familienausflug nach Lehnitz. Abfahrt 8.39 Uhr.

Reinickendorf-Ost. Montag, 7½ Uhr, Aula des Gymnasiums Berner Straße: Parteiversammlung.

Reinickendorf-West. Dienstag, 7½ Uhr, Aula Auguste-Viktoria-Allee 37: Oeffentliche Versammlung. Vortrag der Gen. Frau Dr. Griesche „Die Stellung der Frau und Mutter zur Schule und Kirche".

Gerichtszeitung.

Sechsmal zum Tode verurteilt wurde der Arbeiter Theodor Josierski, der im Dezember 1918 zu Rosenwinkel den Besitzer Karl Wolff und dessen Frau sowie eine Frau Stier und den Knaben Richard Schmidt, im Januar 1919 die Eheleute Hermann und Helene Otto ermordet und beraubt hat. Das Reichsgericht hat die Revision des Angeklagten als unbegründet verworfen.

Wegen versuchten Mordes im Walde bei Schöneiche an dem Förster Wöhler wurde der Schlosser Otto Meyer aus Friedrichshagen zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Jugendveranstaltungen.

Treptow-Baumschulenweg. Sonntag, 14. September, wissenschaftliche Wanderung durch den Grunewald. Abfahrt Baumschulenweg morgens 6,31, Treptow 6.37; in Rummelsburg umsteigen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Berlin. Abt. I. Sonntag nachm. 1 Uhr: Lichtenrade. Start bei Wiemer, Bülowstraße 58. Abteilung II. Sonnabend, nachts 12 Uhr: Buckow (Märk. Schweiz). Sonntag nachmittag 1 Uhr: Hirschgarten (Wilhelmshof). — **Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw.** Bezirk 3 (Süd-Ost). Die für Montag, 15. September, festgesetzte Mitgliederversammlung findet erst Montag, 22. September, statt. Am 15. September versammeln sich die Kameradinnen und Kameraden abends 7 Uhr in der Unionsbrauerei, Hasenheide. — **Freie Turnerschaft Berlin.** 1. Männer-Abt.: Nachtturnfahrt. Treffpunkt heute, Sonnabend, abends 6½ Uhr Stettiner Bahnhofsbahnhof nach Bernau — Schwärzersee — Reichow. 1. Frauen-Abt.: Turnfahrt. Treffpunkt früh 7½ Uhr Stettiner Bahnhof, nach Bielenthal—Schwärzersee—Reichow. Gäste willkommen. — **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag vormittag 10½ Uhr im Stadthaus, Klosterstraße Ecke Stralauer Straße: Jugendweihe. Festvortrag von G. Dämmig. Nachmittags 3 Uhr an selben Orte öffentliche Versammlung. Referent: Adolf Hoffmann. Thema: Darum uns wie trennen wir Staat und Kirche. — **Sozialistische Studentenpartei.** Diskussionsabend 17. September 8 Uhr. Dr. Hamburger: Die Auslandskunde und ihre Bedeutung. — **Korps-Nachrichtenpark Garde.** Versammlung aller im K.N.P.G. beschäftigten sowie beschäftigt gewesenen Personen Montag, den 15., nachmittags 3½ Uhr, Markgrafenställe, Markgrafendamm 34.

Briefkasten der Redaktion.

R. S. 45. Die Mosaiker sind Originalbeiträge.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zunächst noch überall trocken, heiter, ruhig und sehr warm. Später im Westen strichweise Gewitter und Abkühlung bei sich nach Norden drehenden Winden.

Opernhaus.
Lustige Weiber.
Anfang 6½ Uhr.

Schauspielhaus.
Nathan der Weise.
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Faust. I.**
Sonntag 7 U.: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Kammerspiele.
7 U.: **Die Büchse der Pandora**
Sonnt 7: Frühlings Erwachen.

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
8/8 Uhr: Kameraden.
Sonntagnachm.: Musik.
Abends: Kameraden.
Mont.: Erdgeist. (M. Orska.)

Komödienhaus
8/4 7: Liselott von der Pfalz.
Sonntagn.: Fünf Frankfurter.

Berliner Theater
8/8: Die Dame im Frack.
Sonntagn.: Die tolle Komteß.

Central-Theater
7½ Uhr **Die Schönste von Allen.**
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Der Freischütz**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr **Weinende Erben.**
Kleines Theater.
8 Uhr: **Summa Summarum.**
Komische Oper
7½ U.: **Liebeszauber.**
Sonntag 3¼ U.: Liebeszauber.
Lustspielhaus
7¾ Uhr **So ein Mädel.**
Metropol-Theater.
7 Uhr 20 **Die Faschingsfee.**
Neues Operettenhaus.
7½ U.: **Die Dame vom Zirkus.**
Schiller-Theat. Charl.
3 Uhr: Wie es euch gefällt.
7½ U.: **Flachsmann als Erzieher**
Thalia-Theater
7½ U.: **Jungfer Sonnenschein**
Th. am Nollendorfplatz
7½ Uhr **Die Puppe.**
Theater des Westens
7½ U.: **Die Frau im Hermelin**
Sonntag 3 U.: Russ. Gastspiel: **Paradies auf Erden.**
Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: **Vier Einakter.**
Walner-Theater
7.15 Uhr **Eine Ballnacht.**
Sonntag 3½ Uhr: Gelsha.

Residenz-Theater.
Unter grunde Klosterstraße. Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich Heut 8¼ Uhr zum **231. Male**
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Eugen Burg, Hansi Arnstädt, Olga Limburg, Rosa Valetti, Harry Liedtke, J. Falkenstein.
Sonnabendnachm. 4, kleine Pr.: **Hänsel und Gretel.**
Sonntagnachm. 4, kleine Pr.: **Gespenster.**

Trianon-Theater.
Jetzt Friedrichstr. Ztr. 4027.23-1
Täglich Heute 8¼ U zum **356. Male**
Der gute Ruf
Komödie von Sudermann.
Sonnab. nachm. 4, kleine Pr.: **Aschenbrödel.**
Sonntagnachm. 4, kleine Pr.: **Johannissteuer.**

APOLLO THEATER
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 218
7¾ September 7¾
Sonnt. 3½ u. 7
Weltmeister
Erich Rahn
deutsch. Polizeilehrer überwält. selbst den best. Ringkämpfer im
Jiu-Jitsu-Kampf
4 Urbanis
die best. Akrobaten der Welt
? Hennings ?
3 Mackweys
le Urkomischen
Mestrum
die komische Type
Alvers & Partner
Luft-Akt
James Basch
Humorist
3 Cartelias
berühmte Jongleur-Familie
Fürst
Universal-Akt
Sonntags 3½ jeder Erwachs. 1 Kind frei.

Admirals-Palast.
Internat. Boxwettkämpfe
in allen Gewichtsklassen um die **Meisterschaften von Deutschland.**
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino.
Die sich verkaufen.
(Prostitution II. T.)

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
7½ Uhr: **Gas.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7: Peer Gynt.
Sonntag 3: Dies Irae.
7½: Der Schöpfer. (Albert Bassermann.)
Montag 7½: Liebe.

Deutsches Künstler-Theater.
7 Uhr: Zum ersten Male! **Die letzten Ritter.**
Sonntag 3: Nachtbeleuchtung.
7½: Die letzten Ritter.
Mont. 7½: Schloß am Wannsee

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Gesetz.

Rose-Theater.
3½ Uhr: Hänsel und Gretel.
7½ Uhr: Sommernacht.
Morgen auf d. Gartenbühne: Vorstell., erstkl. Spezialitäten.

Luisen-Theater.
Sonnabend 8: Kindervorstellung **Genovefa.**
7½ Uhr täglich: **Strandgut**
Sonntag 8: **Dorf und Stadt.**

Casino-Theater
Lothringerstraße. Tägl. 8¼ U.:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: Schwarzwaldbühne. Operettenakt m. Viktor Litzek.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag 4¼: Mädchenehre.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Berliner Prater
7/9 Kastanienallee 7/9.
Täglich ½5 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
I. Ranges.
In der Tanzdiele täglich ab 6 Uhr: **Ball.**

BallhausMax-Moritz
Dir. Seebiger-Emler
Kommandantenstr. 58/59
Treffpunkt d. modernen **eleganten Tanzwelt.**
Anfang 7 Uhr.
Kein Weinzwang.

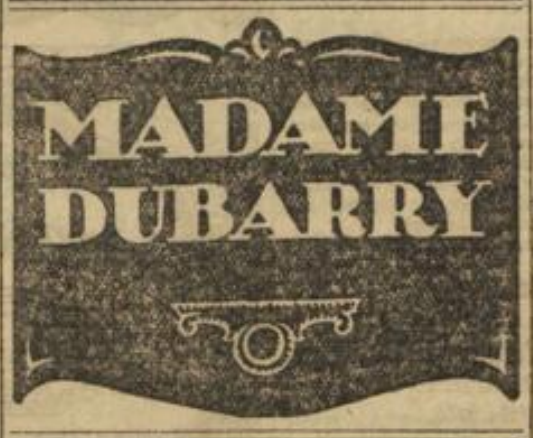
Reichshall.-Theater
7½ Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nachm. halbe Pr.
Reichshallen-S.: Pönkott-Brett.

Circus Busch
Heute
Sbd., 18. Sept., abds. 7½ U
Wieder-Eröffnung
m. reichhalt. u. auserles.
Circus-Programm
Morgen Stg. 2 Vorst. 4½ u. 7½. Nchm. 1 eig. Kind frei.

Theater am Moritzplatz
Riesen-Erfolg
Arme Thea
mit
Lotte Neumann
Ernst Hofmann
Außerdem das Lustspiel Knöppchen i. Schutzhaft
6³⁰ 8³⁰

ORIENT
Strausberger Platz
Werner Wolf
Aga Held
F. u. M. Addiks
Leni Spengel
Frank Bergmann
Lony Wagener u. Partner
Victor Ritter
Hugo Hanold
Tonkünstlerkonzert
Anfang 7, Sonntags 4½ Uhr.

Theater i. d. Königgrätzer Str.
Mittwoch, 17. September, 7 Uhr:
Zum ersten Male:
Kabale und Liebe
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
Regie: Rudolf Bernauer.
Hauptdarsteller:
Alfred Abel, Ernst Deutsch, Ludwig Harten, Ellen Herz, Gustav Hildebrand, Maria Orska, Frieda Richard, Johannes Riemann, Reinhold Schünzel.
1888



Weinrestaurant u. Frühstücksstuben ....
Stadtküche ::::::
Flaschen-Verkauf wohlgepflegter Weine, bes. echt. alt. Bordeaux (rot und weiß)
Criterion
Robert Gonné
Linkstraße 2
(a. Potsdam. Platz)
Tafelmusik: Kapellm. Wianko
5-Uhr-Tee
Feine Konditorei
Anruf für Tischbestellg. Lützow 5080.

:Schaubühne Moritzplatz:
früher Buggenhagen :: Dir.: Schwarzer Kater
Persönliches Auftreten von
Ernst Lubitsch und Ossi Oswalda.
Ferner das
Riesen-Varieté-Programm.
Bier-Restaurant.
Sämtliche Plätze zum Einheitspreis von 2 Mark. Anfang 8 Uhr.

Tonndorf
Berlin NW., Unter den Linden 56
Ab 1 Uhr mittags geöffnet!
Kaffee-Diele / Bar
abends erstrangiger Restaurationsbetrieb
Nachmittags- u. Abend-Konzerte
Kapellen: Uschmann und Willy Reuter
Sehenswerter idyllischer Sommergarten
Arrangeur: Blumen-Schmidt-Berlin
Geschäftsleitung: Tonndorf-Berlin
Ch. Arno Tonndorf

WIENER RESTAURANT
Inh. JOSEF ZOLLER
Berlin-Charlottenbg., Joachimsthaler Str. 41
Fernsprecher: Steinplatz 8035
nahe Zoo) zwischen Kantstraße und Kurfürstendamm.

Säle für Versammlungen
Vereine, Gesellschaften. — Tanzmeister frei.
Berliner Vereins-Konzertsäle
Kommandantenstr. 58/59. * Moritzplatz 10 183.

KÖNIGIN
Kurfürstendamm 235
Vollständig neu ausgestattet!
Eröffnung **heute!**

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 14814.
7½ Uhr und **Sonntag nachm. 3 Uhr:**
Elite-Sänger
Seidel, Russell, Horst Gröning, Schubert, Rieß, Rathke, O. Schrader, R. Schrader.
Neues Programm!
Großer Lacherfolg!
Sonn. nachm. ermäß. Preise. Jeder Erwachsene: 1 Kind frei!
Blüthgen-Konzert: Beg. 7 U.

Zum letzten Verwendungsjahr!
Ziehung 26.–27. Sept. 1919.
Geld-Lotterie
987 Geldgew. mit oder ohne Abz. M.
560000
100000
50000
Emp. u. versende s. u. Nachn.
Lose à M. 4 — für Porto u. Liste 50 Pf. mitsenden.
Emil Siller, Bankhaus,
Hamburg. Holzdamm 30.
Alte rechtsseitige Bestellung.

Pianos
in großer Auswahl, elegante, erstklassige Pianos günstige Kaufgelegenheit
Max Becker
Pianohaus Osten
Andreasstr. 47 I.

Abschriften, Adressen, Diktate,
Vervielfältigungen
allerschnellstens
„Adler", Bülowstraße 98.
Fernspr. Nollendorf 1640.

Künstliche Zähne
mit echtem Paraloidschutz, Goldkronen und Brücken Präzisionsarb., Rep. u. Umarb. sof. Ueber 30 J. fachtätig. Keine Luxuspreise. **Zahnpraxis Grüger,** Prinzenstr. 65a an der Dresdener Str. Fernspr.: Moritzpl. 11253. 8858b*

Flechten Wunden offene Füße, Krampfadergeschwüre heilt sogar i. verzweifelten Fällen mit oft überraschend. Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Seife". Preis 2,70 und 3,50 M.; erhältlich in der Auguste-Viktoria-Apotheke, Küstrinerstr., und Simons-Apotheke, Kronen-, Bellevue-Apotheke, Potsdamer Platz, Victoria-Minerva-Apotheke, Charlottenburg und in der Marien-Apotheke, Wilmersdorf. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt b. **Tutogen-Laboratorium,** Schlitkehmen-Rominten 3.

Möbel-Cohn
im Osten: **Große Frankfurter Str. 58**
(3 Minuten vom Alexanderplatz)
im Norden: **Badstraße 47/48**

Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
Bürgerliche **Wohnungseinrichtungen**
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polsterwaren, farbige Küchen, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise.
Sehr kulante Bedingungen und größte Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.

Möbel
liefert
gegen bar
und auf
Teilzahlung
zu mäßigen Preisen.
Bürgerliche
Wohnungseinrichtungen:
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

Möbel
in großer Auswahl und guter Ausführung auf
Bar oder Kredit.
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141,
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.
Kr.-gsant. u. Sparcinl. nehme in Zahlung

Militär-Einheitsdecken 140/190
(Schlafdecken), Stück 15,50 M., versendet unter Nachnahme 727D* **Otto Siemens, Köthen** (Braunschw.).

Lokalredakteur für Gelsenkirchen gesucht.
Der Verlag **„Volkswille"** in Gelsenkirchen (mehrheitssozialistisches Organ) sucht zum 1. Oktober einen **Lokalredakteur** mit guten kommunalpolitischen Kenntnissen. Bei guten Leistungen weitgehendste Selbständigkeit gesichert. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüchen erbeten bis zum 15. September an **Verlag „Volkswille, Gelsenkirchen, Ringstr. 2.** 218/10

Erstes Bankinstitut sucht per sofort gelernten, durchaus versierten, bankgeschäftlich ausgebildeten **jüngeren Beamten** mit guter Allgemeinbildung. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit in lückenlosem Lebenslauf unter **B. 54** an die Expedition dieses Blattes.

Gegen festen Lohn und hohe Provision 238/18
100 Straßenhändler
zum Vertrieb in Betrieben u. Versammlungen für eine Wochenschrift (von allen Sozialisten gelesen) gesucht.
Materialausgabe **Sonnabend** und **Montag,** von 10 bis 6 Uhr, Potsdamer Str. 27 b, 2. Gartenhaus II Trep. (Zentralstelle).

Wir suchen mehrere **Tischler** a. bess. Herren-, Speise- und Schlafzimmer, auch auf Teilarbeit, per sofort bei sehr guten Arbeitsbedingungen. Tüchtige Facharbeiter, welche Interesse daran haben, mit uns im kommenden Frühjahr nach außerhalb (Nähe Berlin) abzuwandern und sich dort ihren eigenen, unabhängigen Hausstand unter außergewöhnlich günstigen Verhältnissen aufbauen wollen, erhalten den Vorzug.
Roland Holz- u. Metallbearbeitungs-G. m. b. H.
Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße.

Schlossermeister
für die **Montage-Abteilung** einer modernen **Revolverbankfabrik** gesucht. Derselbe muß große Umsicht, Energie, Dispositionsfähigkeit und langjährige Erfahrungen verbinden mit der Fähigkeit, m. schwierigen Arbeiten umzugehen.
Es kommt nur eine allererste Kraft in Frage, der entsprechende Bezahlung in Aussicht gestellt werden kann. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Antrittstermin, Lichtbild, das zurückgesandt wird, erbeten **J. 38** an die Expedition d. Blattes. 739D

Tüchtige Tischler
die auf gute Möbel nach Zeichnung in Akkord arbeiten können und wollen, finden hochlohnende und dauernde Beschäftigung bei **J. C. Pfaff A.-G.,** Maybachufer 48/51. 30/1

Goldleisten
Wir sch. f. d. Fertigmacherei ein
Werkführer.
Holzindustrie Hermann Schütt Aktien-Gesellschaft. 726D*
Czerniewitz, Westpreußen.

Tischler
auf Stühle und Innenbau verlangt **Weiß Nachfg.,** Kottbuserdamm 79. 188a

Tüchtiger Maler
mit reichen Erfahrungen im Streichen, Spachteln, Schleifen und Lackieren von Werkzeugmaschinenteilen von Charlottenburger Maschinenfabrik verlangt. Angebote unter **H. 38** an die Exped. d. Bl. 738D

Wir suchen per sofort einen **tüchtigen Packer,** welcher sehr gut auf das Einpacken v. Möbeln eingearbeitet ist und bereits in größeren Möbelgeschäften tätig war.
Roland Holz- u. Metallbearbeitungs G. m. b. H.
Charlottenburg, 748D
Königin-Elisabeth-Straße.

Holzbildhauer,
auch außer dem Hause, sucht **J. C. Pfaff A.-G.,** Maybachufer 48/51. 30/2

Gesucht
Silberarbeiter
auf Gebäckschalen sucht **Silberwarenfabr. C. Weil,** Landsberger Str. 103. 746D

Straßenhändler u. Hausierer
für leichtverkäufliche Haushaltsartikel (Putzmittel, Topf- und Pfannenflicker) gesucht. Persönliche Meldung Vormittags 9—12 Uhr bei unterzeichneter Firma. 746D
Deutsch-Russisch. Handels-Genossenschaft e. G. m. b. H., Berlin SW 11, Schöneberger Straße 26, part.

Arbeitsmädchen
gesucht. **Lauser,** Prinzessinnenstraße 30. Vorstellung 12—4.

Gesucht
Schalenbinderinnen
sucht **Silberwarenfabrik G. Weil,** Landsberger Straße 103. 747D

20 geübte Löterinnen
für Messing und Eisen stellen ein **Schlaue & Gräu,** Carbidlampenfabrik. 749D

Junge Mädchen und Knaben
von 14 Jahren, welche die erste Klasse der Volksschule besucht haben, zur Ausbildung für Lager und Kontor suchen 707D*
Weißenberg & David,
Leipziger Str. 90.
Seidenband- und Seidenwaren-Großhandlung.
Meldung 8—1 und 3—4.

Straßenhändler
für den
„Vorwärts"
stellt ein die **Hauptexpedition,** Lindenstraße 3.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Hof part. — Stolpmann, W. Blumenthalstraße 8, Hof. — Markusstr. 36. — Dötz, Immanuelkirchstr. 24 Melle, Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Belziger Straße 27.
Steglitz: Ziegeldecker, Schildhornstr. 15.

Am 9. September verschied unser lieber Wandergenosse, der Rohrlegerhelfer

Fritz Kosemund

Diefenbachstr. 74.

Wir betrauern in ihm einen treuen Freund und werden sein Andenken stets in Ehren halten. 3876b

J. A.: A. Häußer.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Schwager

Oskar Borgmann

am 8. September 1919 auf tragische Weise aus dem Leben geschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten

Witwe M. Borgmann
nebst Angehörigen.

Lychener Str. 132.

Die Beerdigung findet am 15. September 1919, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 3877b

---

Danksagung.

Herzlichen Dank sage ich allen Verwandten u. Bekannten für die Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes sowie Herrn Roth für seine lieben Worte am Grabe des Verstorbenen. 3887b

Frau Ida Dörre, Wwe.,
Charlottenburg,
Dandelmannstraße 18.

Spezialarzt

Dr. med. Koeben.
Erprobte und schmerzlose Behandlung
in Dr. Homeyer & Co.
konz. Labor. f. Blutunters.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik
Königstr. 56/57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Separates Damenzimmer.

Dr. med. Laabs
Spezialarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königstr. 34/36
Alexanderplatz.
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1.

Wie ein Wunder

beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe**
jed. Hautausschl., Flechten, Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.).

Herrenkleidung

nach Maß i. tadelloser Ausführung von **350 M.** an.
Gr. Auswahl in Friedensstoffen.
Anzüge z. Wenden werden angenommen.
Anfertigung e/eg. Damenkostüme.

Julius Fabian
Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37
2 Tr.

Möbel

Küchen

in allen Farben.
7 teilig, prima lackiert, von **M. 350,—** an.
Gediegene Verarbeitung.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Stolzmann
Belle Alliancestr. **100.**

Küchen!

große, sauber Arbeit, 7 Teile, prima Lackierung, M. 340.—, mit gros. Anrichte kompl. M. 675.—. Charlottenburg, Wilmersdorf. Str. 37. Kein Laden, Tischlerei!

Hühneraugen
Fußsohlenverhärtung

Hornhautbildung entfernt mit absoluter Sicherheit Reichels „Bosco". Einziges Radikalmittel für eingewurzelte und schmerzhafte Leiden. Seit über 25 Jahren bewährt. M. 1.50. Otto Reichel, Berlin 43, Cürtenbahnstr. 4.

Verein d. Berl. Buchdrucker u. Schriftg.

Bezirksversammlungen

am Montag, den 15. September 1919.

Tagesordnung:

1. Die Beschlüsse des Tarifausschusses und die neuen Teuerungszulagen.
2. Die Vergebung des Banknotendrucks nach Wien.
3. Verschiedenes.

---

1. **Bezirk NW.** Moabit und ein Teil des Wedding: „Hohenzollernsäle", Bandelstr. 35. Beginn 7 Uhr.
2. **Bezirk N.** Wedding und Gesundbrunnen, Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Reinickendorf, Schönholz und Borsorte an der Nordbahn: „Reichs-Festsäle", Prinzen-Allee 33. Beginn 6½ Uhr.
3. **Bezirk NO.** Schönhauser Allee, Pankow, Niederschönhausen, Prenzlauer Allee, Weißensee: „Musikersäle", Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Beginn 6½ Uhr.
4. **Bezirk O.** Landsberger Allee, Frankfurter Allee, Lichtenberg, Stralau-Rummelsburg: „Bremers Festsäle", Große Frankfurter Str. 117. Beginn 6½ Uhr.
5. **Bezirk SO.** Kottbuser Tor, Görlitzer Bahnhof, Treptow: „Deutscher Hof", Luckauer Str. 15. Beginn 6½ Uhr.
6. **Bezirk S u. SW.** Hallesches Tor, Tempelhof, Marienfelde: „Patzenhofer Brauerei" (fr. Bockbrauerei), Fidicinstr. 3-3, kleiner Saal. Beginn 7 Uhr.
7. **Bezirk W.** Westen, Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Steglitz, Schmargendorf, Lichterfelde: „Lindenpark", Schöneberg, Hauptstr. 18. Beginn 7 Uhr.
8. **Bezirk Neukölln, Britz.** „Karlsgarten", Karlsgartenstr. 6-10. Beginn 7 Uhr.
9. **Bezirk Charlottenburg, Spandau.** „Volkshaus", Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Beginn 7 Uhr.
10. **Bezirk Cöpenick und in der Nähe liegende Vororte.** Restaurant „Zum Stadtpark", Cöpenick, Bahnhofstr. 1. Beginn 7½ Uhr.

Nachtarbeiter. Sonntag, 14. September, vormittags 10 Uhr: „Berliner Clubhaus", Ohmstr. 2.

Die Versammlungen beginnen pünktlich!

Um rechtzeitiges und vollzähliges Erscheinen ersucht

Der Gauvorstand.

Verein sozialdemokr. Polizeibeamten Groß-Berlins.

Montag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35 (kleiner Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl zum Vorstand und Wahl der Werbe- und Agitationsausschüsse. 2. Zahlung der Beiträge. 3. Vortrag des Genossen Oesterle über: „Beamtenfragen". 4. Meldung zum Rednerkursus. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 6. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Alle Kameraden, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, sind herzlichst eingeladen. 214/3

J. A.:
Albinus, 1. Vorsitzender.

Zentralverband der Glaser.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 15. Septbr., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Mitglieder-Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

218/12 **Die Ortsverwaltung.**
J. A.: Max Purfürst.

Geöffnet von 8—6 Uhr.

Besonders vorteilhafts

Möbel-Angebot!

Speisezimmer	Herrenzimmer
1 Büfett Eiche	1 Bibliothek
1 Kredenz „	1 Schreibtisch
1 Ausziehtisch „	1 runder Tisch
6 Stühle „	1 Schreibsessel
	2 Stühle
Mark:	Mark:
2850, 3750, 4500	**2450, 3650, 4875**
etc.	etc.

Schlafzimmer

1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtoilette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 3teilige Auflegematratzen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter

M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.

Ständig große Ausstellung

von ca. **300**

Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.

Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.

Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen einfacher, mittlerer und elegantester Art

Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherei

M. Schlewinsky & Co.

Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

Kriegsbeschädigten

kann geholfen werden durch meinen anerkannt vorzüglichen Gesichts-, und Finger-Ersatz (Nasen, Kinn, Ohren Wangen). Verlangen Sie kostenlos illustrierten Prospekt **Max Schwarzlose, Berlin C 2, Königstr. 45, Zentrum 5368.**

Feuriger Süßwein **Santa Lucia** Feuriger Süßwein

käuflich in Apotheken, Drogen-, Kolonialgeschäften
Norden 6822. **Grosso-Vertrieb, Bergstr. 34.**

Betrifft Versteigerung von Kraftwagen!

Im Anschluß an die am **Montag, den 15. d. M.,** stattfindende Versteigerung wird ein

Posten Gollertbereifung

75/18 sowie

Pneue verschied. Dimensionen

versteigert. — Bezahlung muß in bar erfolgen.

Reichsschatzministerium.
Reichsverwertungsamt.
Verkaufsabteilung für Automobilwesen („Daubil").

Groß-Berliner Lauben-Kolonisten!

Am 31. Juli 1919 ist das Gesetz „Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung", Gesetzbl. Nr. 150, Seite 1371, in Kraft getreten. Auf Grund dieses Gesetzes ist das sogenannte **gewerbsmäßige** Generalpächtertum (der bekannte Berliner Generalpächter) abgeschafft.

Pachtungen und Weiterverpachtungen können nur durch Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder als **gemeinnützig anerkannte Unternehmungen** zur Förderung des Kleingartenwesens erfolgen.

Die **Berliner Landpacht-Genossenschaft des Verbandes der Laubenkolonisten** ist ein derartiges gemeinnütziges Unternehmen. Sie arbeitet seit dem Jahre 1911 unter Ausschaltung eines Verdienstes bei der Verpachtung von Laubenländereien und übernimmt auf Verlangen den Abschluß eines Pachtvertrages einer Laubenkolonie bereitwilligst.

Meldungen betreffs Ländereien sowie Auskunft über dies Gesetz durch die 3879b

Geschäftsstelle
des
Verbandes der Laubenkolonisten,
Berlin O 27, Krautstr. 18/19.
Amt: Königstadt 2155.

Der beste Rasier-Apparat der Welt.

Marke **MULCUTO**

Tausende Anerkennungen!

1915 bezog ich ein Mulcuto m. 1 Klinge. Ich habe mich währ. der 4 Jahre i. Felde m. dieser einen Kl. ras., ohne daß diese bis jetzt an Sch. verl. hat. **Kerb,** Zahlmeister, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Straße 21.

Meine Erwartungen sind bei weitem übertroffen. Es ist eine wahre Lust, sich mit diesem Instrument zu rasier. **S. Münch,** Pfarrer, Boetiger, Bez. Cassel

Infolge einer schw. Verwundung bin ich gezwungen, mich mit der linken Hand zu rasieren, was mit Ihr. „Mulcuto" spielend vor sich geht, da ein Schneiden ganz ausgeschloss. W. Sauer, Ingenieur, Stettin, Elisabetst. 46

Handhohlschliff

Apparat mit Abziehhülse M. 10,—, Versilb. Apparat m. Abziehhalter in Etui Nr. 71 M. 15,—, Versilb. Apparat m. Abziehh. echt. Lederstreichriemen in Etui Nr. 81 u. echt. Mulcuto-Rasierseife M. 25,—. Vollst. Rasierzeug: Versilb. App., Abziehh. Seife, Schale, Pinsel und Riemen in Etui Nr. 301 M. 35,—.

Fertig zum Gebrauch geschärft. Garantiesch. bei jedem Apparat.

Versand täglich durch die bedeutendste Spezialfabrik für hohlgeschliffene Rasier-Apparate

„MULCUTO" Rasiermesser-Fabrik SOLINGEN.

Eigene Gesenkschmiede u. Hohlschleiferei. Wiederverkäufer gesucht.

Ansprüche !! an den Militärfiskus !!

betr. Pensionen, Renten, Versorgung, Dienstbeschädigung, Schadenersatz, Abfindung u. a.

Beratung, Vertretung und Abwicklung durch:

Nationale Treuhand- u. Revisions-Ges.
Frankfurt a. M. Abt. VII. Telegr.-Adr.: Nationaltreu Oppenheimerstraße 49.

Prospekt und Fragebogen verlangen. 156/12

MÖBEL

sehenswerte Läger, Auswahl in 4 Etagen wie im Frieden

Gediegene Schlafzimmer
Speisezimmer ✧ Herrenzimmer
Farbige Küchen ✧ Ergänzungs-Möbel

Für Brautleute besonders empfehlenswert. — Auf Wunsch Teilzahlung!

Möbel-Haus
A. DAMITT
Posenthaler Str. 46-47 und Müllerstr. 181

Entw. BAR

TROCKENPARFÜM
Lebona Berlin
HAUT CREME
Überall erhältlich

Ankauf
von bedeutendem
Brillanten- und Perlschmuck
bei barer Auszahlung

Kanonierst. 9. **Margraf & Co. G. m. b. H.**
Spezialhaus f. Juwelen-Gelegenheitskäufe

Echt dänischer Kautabak

wird zur sofortigen Lieferung gegen portofreien Versand für nur 30 dänische Kronen per 100 Schachteln angeboten. Sendet uns per Postanweisung den Betrag für die Anzahl Schachteln, die Sie wünschen und der Kautabak wird alsdann umgehend abgesandt, da **Ausfuhrbewilligung vorliegt.** Der Betrag kann auch an die „Aarhus-Diskontobank" bezahlt werden, in welchem Falle die Bank bevollmächtigt sein soll, uns den Betrag auszuzahlen, sobald Quittung vorgezeigt wird, daß der Kautabak abgesandt ist. 50/9

J. M. Christensen, Kautabak-Fabrik,
Sondergade 51 - Aarhus - Dänemark.

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 85 % in Zahlung genommen.

Jetzt noch billig!!

Pelzmäntel! 1200, 1500, 1800, 2400, 2800, 3500

Plüschmäntel! 350, 580, 750, 900, 1000, 1250

Ulster aus weichen molligen Friedensstoffen!
125, 175, 225, 295, 350
Uebergangsmäntel auch für Backfische 48, 55, 69, 82.—

Sehr billig!!

Impr. Seidenmäntel 135, 155	Frühjahrskostüme 86, 125	Kunstseidene Strickjacken 125, 142
Gummimäntel 142, 165	Regenmäntel 69, 82	Uebergangsmäntel 55, 62
Stoffröcke 32, 42	Seidenröcke 89, 125	Herbst-Ulster 52, 68

Herbst- und Winter-Modelle in hocheleganter Ausführung

sehr billig!!!

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115.

Sonntags geschlossen!

Möbel

auf Kredit!

Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer

moderne Küchen- sowie Einzel-Möbel zu kulantesten Bedingung. liefert

Grebler,
G. m. b. H.,
Weinbergsweg 4.

Ziehung 19. u. 20. Septbr.

Brandenburger
Lotterie
100000 Lose, 3667 Gewinne im Gesamtwerte von
100 000
Hauptgewinne im Werte von
50 000
10 000
Lose à 3 M. Porto u. Liste 50 Pfg. extra
10 Lose einschließlich Porto u. Liste 30 M.
Berliner Losecentrale
Berlin C. 2, Mühlendamm 3.

Leder-Möbel-Fabrik

verkauft direkt ohne Zwischenhandel
Klubsessel und **Leder-Sofas**
in pr. garant. echt. Leder zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungsmeister
Berlin SO 26
Oranienstr. 25.

Stoffe

Friedensware!
in- und ausländische
für Herren u. Damen
Große Auswahl
und sehr billig!
Richard Zastrow
Tuchlager
Mollenmarkt 14—15.
En gros. En détail.

Möbel

liefert gegen bar und auf Teilzahlung z. mäß. Preis
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
komplett aufgestellte Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer, mod. farbige Küchen in großer Auswahl.
Kassner
Bülowstraße 6.

Elektromotore

Gleichstrom : : Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3705 und 8518.

Ohne Anzahlung

bekommen Sie nirgends
Möbel
doch bei bequemer Zahlungsweise schon seit 50 Jahren bei
Barthel
Jorndorfer Str. 54.
Kriegsbeschädigte und aus Gefangensch. Heimgekehrte erhalten Rabatt.